

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementpreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Venloerwall 9. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 3gesp. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln 1.

## An die Verbindungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten Deutschlands.

Neun Jahre sind vergangen, seitdem wir in Frankfurt zum ersten deutschen Arbeiterkongress zusammentraten. Jene erstmalige Heerschau der nicht-sozialdemokratischen Arbeiter- und Angestelltenverbände hat ihren Eindruck nicht verfehlt. Vier Jahre später konnten wir sie auf breiterer Grundlage in Berlin erneuern. Die deutschen Arbeiterkongresse haben in das öffentliche Bewußtsein des deutschen Volkes das eine tief eingegraben: Neben der Massenbewegung der staatsverneinenden Sozialdemokratie hat eine andere Bewegung Gestalt gewonnen und ringt sich allen Widerständen zum Trotz empor, die der christlichen und nationalen Arbeiter, Angestellten- und Gehilfenverbände, Organisationen, die unter bewusster Ablehnung sozialdemokratischer Bestrebungen auf der Grundlage unseres heutigen Staats- und Gesellschaftslebens soziale Interessenswahrnehmung und kulturelle Hebung anstreben. Inzwischen haben sich unsere Organisationen weiter ausgebreitet, fester gegliedert, ihre Ziele klarer erkannt und ein vielgestaltiges Leben entfaltet. Heute rufen wir alle, die Willens sind, erneut zur gemeinsamen Tat auf.

### Die Zeit verlangt ein mannhaftes Wort!

Noch hat unsere Nation ihr soziales Missionswerk am eigenen Volke nicht vollendet. Noch gibt es Schichten, die der kräftigen Hilfe der Sozialpolitik des Staates bedürfen. Noch bedürfen wir alle des Schutzes, den sie uns leihet. Noch weniger können wir einer weiteren, freien Entfaltung unserer Selbsthilfeverbände entbehren. Und schon macht sich in einspürreichen Kreisen der Wissenschaft und der Interessengruppen ein gefährlicher Nihilismus breit. Unter dem Vorwand, die Sozialpolitik nütze nur dem Radikalismus, soll der sozialpolitische Zug in unserem Volke aufgehoben, ja ins Gegenteil verkehrt werden.

Gegen diese Strömungen müssen wir auf der ganzen Linie laut und überallhin vernehmbar unsere Stimme erheben. Sonderinteressen dürfen nicht über soziale Kulturinteressen gehen. Deutschlands Gegenwart und Zukunft verlangt ein gesundes, kräftiges, arbeitsfreudiges und kulturell hochstehendes Volk. Keinen Stillstand gibt's im wirtschaftlichen Leben der Völker, keinen Stillstand in der sozialen Schutz-, Hilfs- und Reformarbeit.

Eine einmütige Willenskundgebung unserer Verbände erscheint um so dringlicher, da nicht bloß Zukunftsaussichten bedroht, sondern das bisher Erreichte gefährdet erscheint. Wir leben in Zeiten anhaltender Steigerung der Lebensmittelpreise. Erwachsene aus tiefgehenden weltwirtschaftlichen Veränderungen, ist eine Senkung dieser beängstigenden Preisbewegung aus sich heraus kaum zu erwarten. Damit aber erwächst für breite Massen der Bevölkerung die Gefahr, in ihrem Kulturstand zurückgedrängt zu werden. Das kann und darf nicht sein. Es müssen Erleichterungen geschaffen und weitere Erschwerungen unter allen Umständen verhindert werden, soll nicht mit den Konsummassen unsere einheimische Volkswirtschaft in Bebrängnis geraten.

Ein besonderes Wort erheischt die Wohnungsnot der minderbemittelten Kreise. Die Notlage ist bekannt. Kaum aber haben verantwortliche Staatslenker einen Anlauf genommen zur Bekämpfung der Uebelstände, da meldet sich sofort ein wohlorganisierter Widerstand angeblich geschädigter Interessenten an. Und dieser Widerstand hat bereits seine Früchte gezeitigt. Demgegenüber erwächst uns die unabwiesbare Pflicht, die Kampfesfront breiter zu verstärken, die einen energischen Schritt vorwärts wollen.

Es sind jetzt hundert Jahre her, da in der Erhebung des Preußenvolks die Freiheit der deutschen Nation grundgelegt worden ist. Hundert Jahre haben zur Erstarbung unserer Nation geführt, die auf einem sozialen Programm aufgebaut sein wollte. Welch ein Wachsen und Erstarben des deutschen Reiches nach innen und nach außen offenbart dieses Vierteljahrhundert! Wir haben mit unserer Kraft daran mitgearbeitet. Wir haben durch die Tat bewiesen, daß wir volles Verständnis haben für die Bedeutung einer inneren und äußeren Festigung unseres Staatswesens, eines geordneten Rechts- und Wirtschaftslebens. In unseren Organisationen wirken wir im Sinne einer Erziehung zu tatkräftigem Verstand und Mitschaffen. Darum haben wir das Recht, wie die Pflicht, zu warnen und zu fordern, wo das Wohl und Wehe breiter Massen des Volkes es erheischt. Was uns die Schaffung des deutschen Reiches gebracht, was wir vor 25 Jahren auszubauen begonnen haben, das gilt es zu halten und weiter zu führen. Unser Kongress soll eine Warnung und ein Anstoß sein. — So rufen wir denn auf zum

## driften deutschen Arbeiterkongress.

Zu demselben laden wir alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten ein, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, die Notwendigkeit selbständiger gewerkschaftlicher Vertretung anerkennen und eine Fortführung der sozialen Reform anstreben.

Der Kongress tagt vom 30. November bis 3. Dezember in Berlin.

Zur Beratung stehen folgende Gegenstände:

1. Konstituierung des Kongresses.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland.
4. Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner.
5. Die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter.
6. Lebensmittelversorgung und Lebensmittelpreis.
7. Wohnungsfrage.
8. Arbeitslosenfürsorge.
9. Wahl des Ausschusses.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten angehörende Personen und aus diesem Stand hervorgegangene Organisationsbeamte.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltungen, daß der Kongress möglichst zahlreich besetzt wird. Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis zum 10. November 1913 dem unterzeichneten Vorstandenden die Zahl und Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Mit kollegialem Gruß!

### Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses:

Franz Behrens-Essen, Vorsitzender.

Hans Behr-Hamburg, Wohnungsführer.

Adam Stegerwald-Bln, Schriftführer.

Marg. Behm-Berlin, Johann Giesberts-W. Gladbach, A. Kirshberg-Wilhelmshur, Friedrich Koss-Waldenburg, G. M. Schiffer-Düsseldorf, Heinrich Benz-München, Emil Hartwig-Bielefeld, Wilhelm Gutschke-Elsfeld, Franz Daser-München, Richard Martin-Witten-Ruhr, Wilhelm Gans-W. Gladbach.

NB. Alle Zuschriften und Einsendungen sind an Franz Behrens, Essen-Ruhr, Gen.-Postk. 40 zu richten.

# Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 41. Wochenbeitrag fällig. Gelder für das 3. Quartal sind eingegangen von Donauwörth, Regensburg, Danmover, Genua, Solingen.  
Gespräch in Bielefeld und die Firma Salgeel u. von der Henden in Dagen.

Der Vorstand.  
J. A. Hornbach.

## Mitteilung

### an die rhein.-westf. Zahlstellen.

Bestimmungsgemäß findet alle 2 Jahre eine Konferenz der Zahlstellen Rheinlands u. Westfalens statt. Im Auftrage der vorigen, 1911 in Düsseldorf getragenen Konferenz lade ich nunmehr in beträchtlichem Umfang die Zahlstellen und Vertretersmannschaften ein, sich am 2. November in Offen-Ruhr tagenden Konferenz zu beteiligen.

Die Tagesordnung dieser Konferenz ist noch nicht bestimmt festgelegt, jedoch werden voraussichtlich u. a. 2 Reskorte dort gehalten werden und zwar von Roll, Hornbach oder Sedlmayr über

#### Arbeitsvermittlung und Agitation

und vom Gewerkschaftssekretär Bergmann (vom Gesamtverband) über:

#### Gewerkschaft und Volkswirtschaft.

Ebenso bringen wir höflich möchte ich die Zahlstellen bitten, recht tüchtige Kollegen aus dieser Tagung zu entsenden, damit hierdurch auch recht erfreuliche Resultate für unseren Verband herauskommen.

Inbesondere dürfte eine Reorganisation unseres Arbeitsnachweises und ganz besonders auch eine kräftige Belebung der Agitation vonnöten sein.

Es wäre auch sehr erwünscht, wenn eine Reihe Zahlstellen mit statistischen Angaben aus ihrer Ortsgruppe zum Nutzen der übrigen aufwarten könnten.

Der Beginn ist auf 10<sup>1/2</sup> Uhr (pünktlich!) festgesetzt. Das Tagungslokal und sonstige örtliche Nachrichten werden den Zahlstellen von der Offener Kollegenliste noch gegeben.

Die Namen und die Anzahl der Delegierten bitte ich dem Kollegen Joh. Blum, Offen-Ruhr, (kath. Gesellschaft) mitteilen zu wollen.

Eventuelle Anträge bitte ich baldmöglichst an mich gelangen zu lassen, damit die Tagesordnung entsprechend festgelegt werden kann.

Mit kollegialem Gruß

J. A. U. Stockmann  
Ehln, Blaibach 67 H.

## Viel Gehalt — wenig Wolle.

Der Senefelderbund hat Recht. Im Vorjahr eine vertrackte Bewegung der Lithographen und Steindruckers, die ein erschütterndes Sämmchen forzierte, und in diesem Jahre eine Tarifbewegung für Chemigraphen und Kupferdrucker usw., bei der er den Beweis lieferte, daß er auch fähig ist, die Interessen seiner Mitglieder preiszugeben.

Es würde uns nicht einfallen, über diese traurigen Zustände noch ein Wort zu verlieren, wenn nicht gerade die Führer des Senefelderbundes bei jeder Gelegenheit den Eindruck zu erwecken suchten, daß sie allein imstande sind, Arbeiterinteressen innerhalb des graphischen Gewerbes wahrzunehmen. Wie es damit aussieht, wollen wir uns von einem Eingeweihten zeigen lassen. Ein solcher schreibt nämlich in der „Graph. Presse“, Nummer 37, u. a.:

(Die Sperrungen sind von uns!)

Obwohl nach den Vorgängen der letzten Jahre im Prinzipalrat für uns kein Anlaß bestand, die Hoffnungen auf die Tarifrevision allzu hoch zu schrauben, so ist man doch einigermaßen beunruhigt ob der offenen Kampfanlage der Unternehmer und der Organisation, mit der diese von den Gehilfenvertretern hingenommen wurde. Was in aller Welt stand denn tariflich einer Vertagung der zweiten Beratung bis spätestens zum 31. August im Wege? Die Gehilfenvertreter mühten unter allen Umständen angesichts der eingetretenen Umstände selbst völlig neuen Tatsachen eine Vertagung herbeizuführen, um erneut Fühlung zu suchen mit ihren Mandatgebern. War denn nicht die ablehnende Haltung der anwesenden Ortsvorstände ein Kennzeichen? Bedeutete nicht der Prinzipalratsantrag, spartenweise ein Lohnminimum festzusetzen, geradezu eine wohl vorbereitete Uebertumpelung?

Nicht darauf kommt es an, daß es den Gehilfenvertretern schließlich noch gelungen ist, das prinzipalratig beantragte Spartenlohnminimum fast durchgängig noch um eine Part zu erhöhen, und so den Kreis der Zulagenempfänger um ein geringes noch zu erweitern; vielmehr müssen wir uns die Wirkung eines solchen Schemas für die Folge vergegenwärtigen. Und da muß denn doch erfahrungsgemäß festgelegt werden, daß auch wir nicht, selbst in Gemeinschaft mit unseren mit so vielem „sozialen“ Verständnis ausgestatteten Prinzipalrat gegen den Strom schwimmen. Die Tendenz, das Lohnminimum zum Lohnmaximum werden zu lassen, besteht, auch wenn von Prinzipalratseite die Verhandlungen auch noch so oft verzögert worden ist, daß der Minimallohn bei nicht Normallohn sein oder werden sollte. Nichts lag den Verfassungen! Das Vertrauen, an Stelle der heute noch zum Teil möglichen Bezahlung

der Arbeitskräfte nach Leistungen und Bezahlung nur noch dem Minimum treten zu lassen, wird sich für das Groß der Gehilfenchaft sehr bald bemerkbar machen. Untersuchungen vor aber einmal die sofortige Wirkung der neuen tariflichen Lohnregelung, soweit dies an Hand der Lohn- und Gehilfenstatistik des letzten Geschäftsberichts des Tarifamtes möglich ist. Wemerten will ich hierbei, daß die folgenden Zahlenangaben nicht unbedingten Anspruch auf größte Genauigkeit erheben können, da die neuerdings vorgenommene spezielle Spartengliederung in den Statistiken des Geschäftsberichts fehlt. Es handelt sich zum Teil um Durchschnittswerte, die aber eher noch zu unteren, der Gehilfen, ungunsten sprechen. Nach Festsetzung des Lohnminimums würden von den insgesamt vorhandenen 2750 Gehilfen ca. 450 bei Infrastreten des neuen Tarifes in den Genuss einer Lohnzulage kommen. Hierbei darf aber zweierlei nicht außer Acht gelassen werden. Und zwar sind einmal unter diesen 450 Gehilfen wohl weit junge Kollegen bis zu 21 Jahren, die natürlich das Lohnminimum infolge des Lohnabzuges von 30 und 15 Prozent nicht erreichen. Das andere mal aber hat heute schon ein Bruchteil dieser jüngeren Kollegen einen höheren Lohn als ihnen auf Grund des tariflichen Lohnminimums abzüglich des Lohnabzuges zusteht. Der Kreis der Zulagenempfänger verringert sich also nach und weiteres.

Hebrägen in der Lohnabzugsrate in Höhe von 30 und 15 Prozent auch ein Kind der Prinzipale, mit dem sie sich wahrhaftig schon lassen können. War es früher den jüngeren Kollegen, namentlich denen, die ihrem Lehrprinzipal im zweiten Gehilfenjahr Ballet sagten, eher noch möglich, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen, so ist das heute schon weit weniger der Fall. Wer also hieraus gegen früher eine Verbesserung zu konstruieren vermag, tut dies wohl auf Kosten seiner eigenen Lebensgrundlage. Die 2000 verbleibenden, nicht mit einer garantierten Zulage bedachten Gehilfen können sich in heftigsten Betrachtungen ergehen, wie sie auf möglichst einfache Art mit der platonischen Erklärung der Prinzipale, für Erfüllung unserer diesbezüglichen Wünsche zu plädieren, den in jeden Haushalt sich fühlbar machenden Teuerungsverhältnissen am besten begegnen können.

Auf nichts garantierende Erklärungen haben sich unsere Prinzipale überhaupt nicht verstanden. Auf die Forderung einer solchen Erklärung, die inzwischen schon etliche Male bei Tarifrevisionsverhandlungen geworden ist, zum Opfer. In unserer angebotenen, zur zweiten Natur gewordenen Artigkeit und Verträglichkeit sehen wir schon nur fühlbarer Ergebenheit der im Jahre 1918 wiederkehrenden Erklärung entgegen. Es ist wirklich schwer, seine Satire zu schreiben.

Nehmen wir nun einmal die vermeintlichen Fortschritte im Bezug auf die Regelung des Lehrlingswesens unter die kritische Lupe. Da muß zunächst festgestellt werden, daß es nicht ein einziger Antrag der Gehilfen in seiner ursprünglichen Fassung Gesetz geworden ist. Ganz im Gegenteil haben sich auch hier die Gehilfenvertreter zu ganz gehörigen Konzeptionen verhalten. Die Lehrlingskata bei den Photographen und Retouchieren ist entgegen dem Gehilfenantrag die alte geblieben. Zurückgegeben wurden die Anträge, die eine dauernde und zeitliche Unterlassung der Ausbildung von Lehrlingen bei den Nachschneidern und Photographen — auch die Farbdruker kann man mit einbezogen — forderten. Bei den Photographen wurde der Rückzug damit begründet, daß man sagte: in Rücksicht auf das Zugeständnis der Prinzipale bei Bemessung der Lehrlingskata haben wir uns dazu entschlossen. Das Zugeständnis der Prinzipale besteht in der Zustimmung zu dem Vermittlungsantrag, wonach zukünftig bei Bemessung der Lehrlingskata die Kopierer nicht mehr mit in Anrechnung zu bringen sind. Großmütig und edel, wie wir nun mal sind, fragt es sich dennoch: wer mag dabei wohl am besten fahren, wir oder die Prinzipale? Der zurückgegebene Prinzipalrat, die Erweiterung der Lehrlingskata bei den Farbdruckern betreffend, erforderte unsererseits das Zugeständnis der verneinten Einstellung von Ueberläufern. Daß weiter in solchen Abteilungen, wo nur ein Lehrling zulässig ist, der zweite im letzten Lehrjahre des einen nur eingestellt werden darf, sofern der erste Lehrling selbständig arbeitet, dürfte wohl im Effekt dasselbe sein wie bisher.

Aus den wenigen noch übrigbleibenden Anträgen, die entweder zurückgegeben oder aber in veränderter Form angenommen wurden, einen wesentlichen Fortschritt gegen früher herauszubekommen, ist nicht der Rede wert. Erinnern wir uns bloß noch kurz der Tatsache, daß auf der Münchener Hauptversammlung der Prinzipale beschlossen wurde, die tariflich zulässige Lehrlingszahl bei den Postdirektoren unbedingt auszunutzen, um so die neue Regelung des Lehrlingswesens voll umzusetzen zu können.

Regelung der Löhne, Regelung der Ferienfrage und Regelung des Lehrlingswesens, diese drei Dinge waren es, auf die die Gehilfenchaft in erster Linie all ihre, wenn auch nicht zu großen Hoffnungen gesetzt hatte. Endlich sind sie zu Schanden geworden.

Diesen Tatsachen, denen man Sachlichkeit nicht absprechen kann, braucht nichts hinzugefügt zu werden. Daß die Erregung in den Kreisen derjenigen Mitglieder des Senefelderbundes, die dem Chemigraphentarif antreteten, wohl berechtigt ist, kann angesichts der vorliegenden Gründe nicht bestritten werden. Aus diesen Ortsgruppen nach die „Graph. Presse“ über Protestversammlungen berichten, in denen den Führern des Senefelderbundes die verdiente „Anerkennung“ ausgesprochen wurde.

Wir schlagen vor, daß die Gehälter der Beamten des Senefelderbundes künftig nach den Leistungen berechnet werden, damit die Herren nicht ganz weisfremd werden und sich dadurch schließlich doch unmöglich machen. Es

wäre doch so schade, wenn solch ausgezeichnete Talente, die nur so tiefen von sozialistischer Wissenschaft, die Führung der „Elite der Arbeiterschaft“ drangeben müßten.

In der Nummer 38 der „Graph. Presse“, die ein geradezu verächtliches Anlagematerial gegen die Gehilfenvertreter bringt, jammert ein Mitglied aus der Provinz wie ein geschlagener Hund und klagt die Gehilfenvertreter mächtig an. Wir erinnern uns gern einer vor mehreren Monaten in der „Gr. Presse“ erschienenen Notiz, wonach es der Redaktion dieses Blattes angenehm ist, wenn wir unseren Lesern gelegentlich etwas vom Inhalt der „Gr. Pr.“ mitteilen und lassen daher auch die Ausführungen aus der Provinz folgen. Daß es in einer Organisation, deren Mitglieder nicht genug von Demokratie reden können, überhaupt möglich ist, so über die Köpfe der Mitglieder hinweg zu „regieren“, wie es im Senefelderbund üblich zu sein scheint, sagt genug. Wenn die Herren „Führer“ nur ordentlich auf die Gehilfen schimpfen und Sprüche reifen können, dann stellen sie sich bei der Masse gut. Nun ja! Der Krug geht eben so lange zum Brünen, bis er bricht. Lassen wir nun den Klageruf des Provinzlers auf uns wirken. Er schreibt:

#### Zum Tarif.

(Die Sperrungen sind von uns.)

„Mein Berichterstatter, sein Mitarbeiter der „Graph. Presse“, sein Beamter oder Vertreter unserer Organisation schreibt diese Zeilen, sondern ein simpler, älterer Provinzkollege erlaubt sich, auch einmal seine Meinung zum neuen Tarif zum Besten zu geben, nachdem unsere Vertreter lang und breit versucht haben, uns die neuen Abmachungen als Höchstverträgliches zu präsentieren.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wurde Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker über Nacht der neue Tarif beschert. Schon die vorhergehenden Chemigraphen-Konferenzen verdienen eine scharfe Kritik; wurden doch die Gehilfenvertreter zu den Konferenzen nicht von der Allgemeinheit gewählt, sondern es sind lediglich nur Kollegen der größten Zahlstellen gerufen worden und alle anderen Provinz-Zahlstellen wurden vollständig ignoriert. Ob das Geld der Kollegen in der Provinz von Vieh ist, weiß ich nicht, aber jedenfalls hat sich unsere Verwaltung das Motto gesetzt: „Zahlen und Maul halten“, nur fragt es sich, ob die Kollegen mittraden.

Schon nach dem Einlaufen der definitiven Anträge zur Tarifrevision konnte man sich eines Staunens nicht erwehren, wo die vielen Anträge geblieben waren, die von den Gehilfen der verschiedenen Orte gestellt worden sind. Manchen mitarbeitenden Kollegen ist beim Lesen dieser definitiven Anträge Lust und Interesse zur weiteren Arbeit vergangen.

Nun zum Tarif selbst! In seiner Gesamtheit stellt er ein nicht erfreuliches Kapitel in unserer Bewegung dar. Nach zehnjähriger Tarifperiode konnten wir nicht einmal das Letztterugene, nämlich den alten Tarif in seiner bisherigen Fassung, halten, trotz der berühmten 30, prozentigen Organisation.

Der Hauptgrund zur Annahme soll nach der Angst vor einer tariflosen Zeit gewesen sein. Da muß man sich unwillkürlich fragen, ob der neue Tarif nicht einer tariflosen Zeit fast gleichkommt. Der Organisationszwang ist aufgehoben, der Tarif wurde von Allgemeinheit zu Allgemeinheit abgelassen; somit ist den Gehilfen, noch mehr aber den Prinzipalen, Tür und Tor zur Tarifuntreue geöffnet worden. Die Folgen dieser Abmachung lassen sich momentan garnicht übersehen. Wenn auch die älteren Kollegen treu zur Fahne halten, so können die jüngeren doch erst durch eine gute Organisation zur Gewerkschaft erzogen werden; auch die Lehrlinge werden noch weniger für den Verband zu haben sein. Als fernere Grund zum Ubelstufung käme schließlich noch der finanzielle Punkt in Frage. Doch auch dieser erscheint mir nicht unhaltbar genug. Etwas sind wir Chemigraphen nur einige tausend Mann in der Organisation, und es wäre traurig, wenn uns die Lithographen und Steindruckerkollegen nicht einmal über Wasser halten könnten bei einem Kampfe, um unsere früheren Erwerbsansprüche zu halten. Wir Chemigraphen sind allerdings nur ein Anhängsel im Verbands, aber trotzdem haben wir immer freudig gegahlt, auch Extralöhnen, aus Solidarität natürlich. Diese Solidarität würden sicher auch die Lithographen und Steindruckers bei einem eventuellen Kampfe gezeigt haben, denn auch für sie wird unser Tarifabsicht Rückwirkungen bei kommenden Verhandlungen haben. So haben wir also gegahlt und gegahlt, mancher viele Jahre — und nun? Um diese großartigen Verschlechterungen zu erreichen, bedarf es doch wahrlich keiner Organisation. Das schönste ist ja nun die Staffelung der Löhne. Man kann sie betrachten wie man will, objektiv oder nicht, sie ist und bleibt ein Rückschritt, ein Herunterdrücken der Arbeitslöhne. Die Prinzipale werden nur noch unseren Arbeitsnachweis benutzen, um unsere Kräfte für billige auszutauschen, und die Gehilfen werden sich beißens bedenken für einen derartigen Mann. Wenn sich auch Lohn und Leistung in den wenigsten Fällen ausgleichen, so wird sich doch die große Mehrzahl während der verächtlichen Ulfen, der Not gehorchen, um nicht zu verhungern. Jeder Gehilfe wird also jetzt seine eigenen Wege gehen, die Lohnruderei kommt an die Tagesordnung, genau so wie in einer tariflosen Zeit oder noch schlimmer.

Auf alles übrige hier genau einzugehen, würde zu weit führen. Aber kurz erwähnen möchte ich noch folgendes: In dem Beschlußprotokoll heißt es wörtlich: „Beschlossen wird, über die Verhandlungen lediglich ein Beschlußprotokoll zu veröffentlichen, während das Verhandlungsprotokoll nicht veröffentlicht wird; auch die Referenzen sollen sich möglichst referenziert halten.“

Warum diese Geheimnisträgerei? Schämt man sich, die genauen Verhandlungen preiszugeben? Mancher Kollege möchte gern mehr wissen. Noch eine Frage: Sind wir schon nicht selbständig genug, unsern Tarif ohne Buchdruckerkommentar abzuschieben? Kurz leiteter bei jeder Gelegenheit bedrückt werden? Kurz das, was die Buchdrucker für gut befinden, für uns maßgebend sein? Ich glaube nicht! Sollen wir ruhig mit unserm Tarif an der Spitze der Gewerkschaften marschieren, so ist noch lange kein Grund vorhanden, Ergrünes anzugeben, weil es andere noch nicht erreicht haben.

Zu Summa: Der Abschluß ist ein vollständiges Fiasko und unsern Vertretern ist das Recht abzusprechen, solche Abmachungen zu akzeptieren, ohne nochmals vorher Rücksprache mit der Gesamtschicht zu nehmen. Denn schließlich sind doch die Vertreter für uns da und nicht wir für sie. Auch eine Generalversammlung kann nicht einer einzelnen Sparte einen Tarif aufzwingen, wenn die Kollegen nicht wollen. Zu begründen sind die vielen Proteste aus den Fachstellen, an der Spitze Berlin. Geradezu komisch wirkt der Schluß des Berichts über die Tarifverhandlungen in Nr. 35 der „Gr. W.“ von A. K., wo geschrieben steht: „Ein jeder muß eifrig mitarbeiten, um der Tarifgemeinschaft neues Leben einzubringen. Und wenn sich jeder Kollege dieser Aufgabe und dieser Pflicht bewußt ist, wird uns auch der neue Tarif in Zukunft ein Stück auf unserer Bahn vorwärts bringen.“ Ob das der Kollege A. K. selber glaubt? ...

Wie man sieht, ist die Mut dieses alten Mitgliedes groß. Aber sie ist berechtigt, weil die Schuld der „Führer“ groß ist.

Das Jahr 1913 ist für den Genesenerbund ein Unglücksjahr. Im Vorjahr war's nicht besser. Trotzdem wird die Leitung es fertig bringen, die Situation als günstig für die Arbeiterschaft hinzustellen, denn — das Meer der Unglücklichen wächst.

## Schmutzkurrenz.

II.

Allerdings ist eine ungerechte Steigerung der Preise nicht mit Schmutzkurrenz zu vergleichen, aber immerhin ist sie ein ungewünschter Zustand, den die Sozialdemokratie weiblich ausbeutet, indem sie sich als Kettlerin der dadurch unzufriedenen gewordenen Leute darstellt. Ich habe dies nur andeuten wollen, um zu zeigen, welches auch die Ursachen sind, wenn von einer allgemeinen Teuerung die Rede ist.

Eine andere Handhabe bietet dem Betriebsunternehmer gegenüber seinem wegen unehrlicher Geschäftstaktik mißliebigen „Geschäftsfreundes“ das „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb“, in dem es im Paragraph 1 heißt:

„Wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbes Handlungen vornimmt, die gegen die guten Sitten verstoßen, kann auf Unterlassung und Schadenersatz in Anspruch genommen werden.“

Im § 2 sind auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit in das Gesetz gezogen. Außerdem ist auch bei einem Ausverkauf der Grund angegeben, der zu demselben Anlaß gegeben hat (§ 7). Ein Vor- und Nachschreiben der Waren ist bei Strafe verboten (§ 8). Ferner dürfen Geiseln- und Inventurausweise nur mit Genehmigung einer höheren Verwaltungsbehörde stattfinden (§ 9). Eine andere Forderung ist das (siehe Schluß) Einigungsamt und das Innungsschiedsgericht. Hier scheidet zunächst das denunziatorische Moment deshalb aus, weil sich der Kläger mit seinem Antrage nicht an Behörden, sondern an Berufsge nossen wendet; außerdem fallen hierbei die Gerichtskosten weg, die manden Kläger veranlassen, von einer Klage Abstand zu nehmen.

Eine ganz besondere Beachtung verdient der Reichstanz im Malergewerbe, da er nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter zur Bekämpfung der Schmutzkurrenz verpflichtet. Im § 10 heißt es:

„1. Die vertragschließenden Parteien verpflichten ihre Mitglieder, sich gegenseitig zur Bekämpfung der Schmutzkurrenz zu unterstützen. Schmutzkurrenz liegt vor, wenn ein Meister, gleichgültig, ob er Mitglied des Gewerkschaftsverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe ist oder nicht, einen Auftrag unter dem Selbstkostenpreise übernimmt oder Angebote bei Submissionen macht, die unter dem Selbstkostenpreis stehen; ferner wenn Meister Arbeiten übernommen haben, die sie nicht nach kontraktlichen Bestimmungen gemäß ausführen. Bei Klagen oder Anzeigen seitens der Gehilfen oder Meister haben die Obmänner der Ortsämter die Sache zu verfolgen. Die Mitglieder der Vertragsparteien sind verpflichtet, den Obmännern die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.“

2. Die Höhe der in solchen Fällen zu verhängenden Geldstrafen, oder, wenn schärfere Maßnahmen geplant sind, der Zeitpunkt der zu verhängenden Sperre werden von dem Ortsratamt festgesetzt, letzteres, nachdem die Zustimmung der Vorstände der in Betracht kommenden Zentralorganisationen obliegt.

3. Die Meister verpflichten sich, die an der Sperre beteiligten Gehilfen in ihren Geschäften einzustellen, ohne bei diesem Anlaß andere Gehilfen zu entlassen. Die Kosten der Sperren, insbesondere die Unterhaltungen der an der Sperre beteiligten Gehilfen, etwaige Prozeßkosten und Geldstrafen infolge der Durchführung der Sperren haben die in Betracht kommenden Vertragsparteien je zur Hälfte zu bezahlen.

4. Den örtlichen Organisationen ist es außerdem vorbehalten, besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Schmutzkurrenz zu treffen.“

Wie also aus vorstehenden Paragraphen zu ersehen ist, kann dem betreffenden Meister die Schmutzkurrenz teuer zu stehen kommen und sind auch schon nicht wenige Meister wegen Nichtbeachtung des Paragraphen verurteilt worden. Sollte sich dieser Paragraph nicht auch auf andere Berufe anwenden lassen? Kommen nicht auch

in unserm graphischen Berufe Fälle vor, die uns Veranlassung geben, auch von Arbeiterseite dagegen einzuschreiten? Gibt es doch noch genug Buchbindereien, Buchdruckereien und verw. Firmen, die sich um Preisstärkung und Monopolen nicht ächtern. Vielleicht vor einiger Zeit ein Buchdrucker an einen Engrosbändler 3000 Stückungen mit Firma 1/2 Bogen, unten perforiert, per 1000 Stück mit 3.50 Mk. — Um das Papier bezahnen zu können, ließ er sich einen Vorstoß geben. — Es würde zu weit gehen, wenn ich alle Klagen, die in den letzten Berichten über die Verhandlungen der Buchbinder-Innungen zu lesen sind, hier anführen würde. So z. B. fand auf dem 7. Verbandstag der Buchbindermeister in Heßen eine lebhafte Debatte statt über das vorerwähnte Gebot derjenigen Firmen, welche bei den Submissionen derartig geringe Angebote einreichen, daß von einem Verdienst keine Rede sein kann. Ganz besonders hat sich eine Wormser Firma durch fürnliche Schandpreise hervorgetan. Ferner ist auf fast allen Verbandstagen durch die Konvention festgelegt worden, bestimmte Waren nicht an Warenhäuser zu liefern (z. B. Gesangbuchkonvention in Würtemberg). Im dem Bericht über den Verbandstag in Bochum am 27.—28. Juli lesen wir (Mtg. Ang. für Buchb.):

„In Sachen Gebrüder von Danwih, Kevelaer, die Lieferung von Gesangbüchern an das Warenhaus Alsb. Gelsenkirchen, betreffend, gab der Vertreter letzterer Firma die Erklärung ab, daß die Firma G. v. Danwih, Kevelaer, keine Gesangbücher an die vorerwähnte Firma geliefert habe; sobald der Strohmann der Firma Alsb. ermittelt sei, werden auch diesem keine Gesangbücher mehr geliefert werden.“

Unter Strohmännern versteht man denjenigen, der fälschlicherweise angibt, für eigene Rechnung die Verteilung zu machen, andererseits dafür sorgt, daß die Waren trotz der Konvention in den Besitz des Warenhauses gelangen.

Ich will nicht zu weit gefaßt haben; aber sicher kann man annehmen, daß bei Verteilungen, die Warenhäuser für unsere Berufe machen, wie Gesangbücher, Wörterbücher, Aufschlüsselungen, Galanteriewaren, Entseftartikel, selbst wissenschaftliche Werte usw., die Preise so niedrig gehalten sind, daß trotzdem bei der Abnahme irgend etwas herausgefunden wird, um dieselbe in Frage zu stellen; und damit der Fabrikant seine Ware los wird, da er sonst keinen Absatz für dieselbe hat, wird ihm von dem schon niedrigen Preise etwas abgezogen.

Solche Warenhäuser und Kaufhäuser sind ein sozialer Schaden, bei dem ein gerechter, um nicht zu sagen ehrlicher, Handel ausgeschlossen erscheint. Von einer guten Qualität der Arbeit und der Ware kann nicht die Rede sein, da hier die Profitgier dieser Unternehmer in den Vordergrund tritt. Aus diesem Grunde haben ja schon viele Firmen ihre Händler vertraglich verpflichtet, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe nicht an Warenhäuser zu liefern.

Die Meinung, daß man in solchen Geschäften billiger kauft, ist eine irrtümliche, weil man bedenkt, daß andererseits der Fabrikant und auch die Arbeiterschaft schwer geschädigt werden.

Ein jeder Arbeiter soll Interesse an seinen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben; es soll ihm nicht gleichgültig sein, wie sich die Dinge in heutigen modernen Geschäftsleben abspielen. Das Beste ist immer das Billigste. Darum sollten alle Arbeiter, und besonders die Arbeiterfrauen, nur solche Geschäfte aufsuchen, die Garantie bieten für einen reellen Handel.

Durch Ausschaltung der Schmutzkurrenz wird die Qualität der Arbeit gehoben; die Folge ist, daß auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse ermöglicht werden. Daß dem Arbeiter eine Möglichkeit gegeben ist, mitzuhaben an der Vermehrung dieses Gutes im Volkswirtschaftsleben, glaube ich im Vorstehenden bewiesen zu haben. Die Gewerkschaften haben es in der Hand, bei neuen Tarifabschlüssen auf dieses Uebel hinzuwirken. W. W.

\*) Wie in Nr. 35 der „Wochenzeitung für Papier“ zu lesen ist, hat sich das Einigungsamt und Schlichtungsamt gegen Preisunterbietungen des genannten Papiers, Schreibmaterials und Bureaubedarfes des vom Verband deutscher Papier- und Schreibwarenhersteller losgelöst, um infolge seiner erlassenen Urteile nicht besser gegen die Schlichter mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen zu können.

## Die Sozialdemokratie als Sittengericht.

In den letzten Tagen hat die sozialdemokratische Presse wieder den Nachweis erbracht, daß sie an Struppelhaftigkeit, Verleumdungssucht und persönlicher Perasowürdigung von Gegnern höchstens noch von der allerordentlichen Redolenz erreicht wird. Nach echter Strauchdiebsmanier hat sie den Vorstehenden des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Kollegen Schiffer, überfallen. Hier der Sachverhalt: Der ehemalige Beamte des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Köhling, wurde von dessen Vorstand entlassen. Von Rechts wegen! Uns ist von dem mehr als 350 Beamten der christlichen Gewerkschaftsbewegung seiner bekannt, der an Faulheit, Unfähigkeit, positive, organisatorische Arbeit zu leisten, und an persönlichen, unsympathischen Charaktereigenschaften an Köhling heranreichte. Wenn dieser Mann neun Jahre von dem Textilarbeiterverband gehalten und auf seinen Wunsch für die verchiebenden Beamtenstellungen innerhalb des Verbandes verwendet wurde, so genügt dies von einer Langmut und Nachsicht, wie jedenfalls nur ganz wenige Angestellte, von Arbeitern ganz zu schweigen, jemals erfahren werden. Als er auch in seiner letzten Stellung in Mühlhausen (Eiff.) wieder alles durcheinander gebracht hatte, hat ihn endlich der Zentralvorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes entlassen. Jetzt setzte sich Köhling auf die Dose und schrieb gegen den Vorstehenden des Textilarbeiterverbandes, Schiffer, eine Subtelroschüre.

Die ungeheuerlichen Vorwürfe, die der Verfasser darin erhebt, klingen ganz ungläublich, und können bis auf weiteres nur rein referierend wiedergegeben werden.“ So äußerte sich die sozialdemokratische „Aheim. Zeitung“ (Nr. 225, 1913) unter dem ersten Einbruch des Köhling'schen Nachwertes. Aber trotzdem fand sich der sozialdemokratische Parteivorstand in Düsseldorf freudig bereit,

die Verleumdungsschüre in 250 000 Exemplaren herzustellen und sie auf Betreiben des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes an einem Tage in ganz Deutschland verbreiten zu lassen. Gleichzeitig hat sich ein sozialdemokratisches Pressebüro der Sache bemächtigt, und die geminnungsbeorientierte Presse mit sensationellen Artikeln traktiert, in deren Überschriften mit großen Lettern es u. a. heißt: „Ein Bild hinter die Kulissen“; „Der Weltanschauungsschlüssel und anderes“; „Weltliche Diktatoren aus einer christlichen Gewerkschaft“; „Ein Missionsstaub in den christlichen Gewerkschaften“; „Christliche Gewerkschaftsfortschritt“; „Meisttagsabgeordneter Schiffer als Dieb?“, Dokumente zur Beurteilung der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ usw. Trotzdem also die Köhling'schen Vorwürfe, zunächst ganz ungläublich klingen, wird nach ehter Strandritterart die Proschüre maßenhaft hergestellt und deren Verbreitung im ganzen Lande systematisch organisiert, bevor der Angegriffene sich überhaupt zu der Angelegenheit äußern konnte. Wir möchten dem Textilarbeiterverband nahelegen, die angeklagte Klage nicht nur gegen Köhling, sondern auch gegen den Verlag der Düsseldorf'schen Volkszeitung anhängig zu machen und daneben allen Ernstes zu überlegen, ob nicht für die notwendigen Ausgaben zur Abwehraktion die Düsseldorf'sche Volkszeitung schadenersatzpflichtig gemacht werden kann. Bei dem Gericht dürfte für Schadenersatzklage angesichts des hinterlistigen Ueberfalls Verdächtigungen zu finden sein.

Der Kneegat Köhling sucht in seiner Proschüre den Vorstehenden des Textilarbeiterverbandes, Schiffer, verflecht des Diebstahls zu bezichtigen und den Einbruch zu erwecken, Schiffer habe bei Warenlieferungen für den Verband sich Provision zu verschaffen gesucht. Der Vorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes hat sich, wie schon öffentlich mitgeteilt, in einer Sitzung am 30. September eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und wird sowohl den Kneegat Köhling als Verfasser der verleumdertischen Proschüre, wie auch die Weiterverbreiter der Verdächtigungen gerichtlich belangten. Der Sitzung wohnten die in der Proschüre erwähnten Mitglieder des Zentralvorstandes sowie der Zentralassistent und der ebenfalls genannte Beamte der Unterstützungsabteilung, Kollege Peter Koth, bei. Nach Vernehmung der erwähnten Personen und nach einer eingehenden und gewissenhaften Prüfung der durch Köhling gegen den Zentralvorstand, Kollegen Schiffer, gerichteten Anlagen, kam der Zentralvorstand einmütig zu der bestimmten u. ehrlichen Ueberzeugung, daß diese Anlagen und ungeheuerlichen Verdächtigungen vollständig haltlos sind. Insbesondere ergab die Prüfung, daß nicht der Schimmer eines Beweises dafür vorliegt, daß Schiffer mit der in der Proschüre angeführten Selbstverpflichtung als Schuldiger in Verbindung gebracht werden kann. Der Zentralvorstand ist im Gegenteil der zweifelsfreien Ueberzeugung, daß Kollege Schiffer speziell in dieser Angelegenheit makellos dasteht.

Angesichts dessen liegt für den Zentralvorstand kein Grund vor, dem langjährigen, verdienstvollen Vorstehenden das Vertrauen zu entziehen. Er erachtet es im Gegenteil als seine Pflicht, den Vorstehenden in dem jetzt einsetzenden Kampf gegen Lüge und Verleumdung zu unterstützen.

Um jedoch möglichst volle Klarheit zu schaffen, billigt und unterstützt der Zentralvorstand den Entschluß seines Vorstehenden, gerichtliche Klage gegen Köhling wie auch die fahrbaren Weiterverbreiter der verleumdertischen Proschüre anzustrengen. Der Zentralvorstand wird seinerseits ebenfalls den Klagegeg gegen jene Köhling'schen Behauptungen beschreiten, die für den ganzen Zentralvorstand beleidigend sind.

Weiter hat der Agent, von dem die christlichen Textilarbeiter den Selbstverpflichtung, schon in 1908 folgende Erklärung abgegeben:

1. Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hat im Juli 1905 durch meine Vermittlung von der Firma W. Gouben-Duisburg einen Geldschrank bezogen. Der Preis desselben einschließlich Fracht und Montage betrug 305 Mark. Der Kauf ist zwischen dem Vorstehenden des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Herrn E. M. Schiffer-Düsseldorf und mir abgeschlossen worden.

2. Herr Schiffer hat keinen Teil der Provision erhalten, auch habe ich denselben weder Provision noch sonst irgend einen materiellen Vorteil angeboten.

3. Ich betreite auch, Herrn W. Gouben-Duisburg gegenüber erklärt zu haben, ich müßte die Provision mit Herrn Schiffer teilen, wenigstens einmisse ich mich nicht, eine derartige Äußerung getan zu haben. Solche eine ähnliche Äußerung kann demnach gefallen sein, so kann es sich höchstens darum gehandelt haben, eine Erhöhung der Provision für mich durchzusetzen.

Greifeld, den 20. Mai 1906.

gez. Hugo Gater.

Von Kollegen Schiffer steht fest, daß er schon in 1906 1. eine gründliche und strenge Untersuchung der Angelegenheit forderte. Selbst beteiligte sich Schiffer an dieser Untersuchung in keiner Weise.

2. Schiffer lehnte jede Selbstverteidigung mit aller Entschiedenheit ab.

3. Schiffer erklärte dem zweiten Verbandsvorstehenden Sittenich, daß er (Schiffer) sofort die Konsequenzen ziehen und von seinem Posten zurücktreten würde, wenn die Untersuchung den Verdacht auch nur im mindesten bestätigen würde.

Damit hat Schiffer und der Vorstand des Textilarbeiterverbandes getan, was loyalerweise von ihnen verlangt werden konnte. Der christliche Textilarbeiterverband hat also das Licht der Öffentlichkeit nicht im mindesten zu scheuen. Damit ist die Sache einmütig für die christliche Gewerkschaftsbewegung erledigt. Ueber Einzelheiten werden die bereits angestregten Prozesse Klarheit bringen.

Und nun wollen wir einmal — allerdings nicht auf hinterlistige Straudritterart — den Stiefel umdrehen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat es bisher im allgemeinen abgesehen, persönliche Standesgeschichten aus der sozialdemokratischen Bewegung agitatorisch auszunutzen.

Im sozialdemokratischen Lager liegen Verurteilungen, Unterdrückungen, Einbrüche in sozialdemokratische Verwaltungsstellen und Gewerkschaften in zahlloser Menge vor. Nur ein paar Beispiele: Im Jahre 1907 war der Verbandbeamte D. \*) des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes in Hamburg plötzlich verschwunden. Nachher stellte sich heraus, daß Unterdrückungen in Höhe von 12000 Mk. vorlagen. Ferner wurden die Buchbinderverbandbeamten B. in Wiesbaden und Sch. in Kassel wegen Unterschlagung sehr hoher Summen zu Gefängnis verurteilt. Der Gauleiter W. vom sozialdemokratischen Malerverband in Königsberg, der gleichzeitig eine hervorragende Rolle in der sozialdemokratischen Partei spielte, wurde wegen Unterschlagungen verhaftet und vor Gericht gestellt. Der Beamte H. vom sozialdemokratischen Transportarbeiterverband in München verurteilte 6500 Mk. und wurde nach einem verheerenden Selbstmordversuch zur gerichtlichen Verurteilung gezwungen. Im Jahre 1908 wurden in Duisburg der Gauleiter S. sowie der Kassierer A. des roten Hafenarbeiterverbandes zu drei Monaten bezw. sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Zustände an der Zentralstelle des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes haben schon häufiger die Öffentlichkeit beschäftigt. Im vorigen Jahre wurde dort ein Kassierer namens K. des Diebstahls und Einbruchs überführt. In einem Standprozesse im Jahre 1911 wurden bei der Zustände an der Bergarbeiterzentrale äußerst graphischere Aussagen gemacht: 1. daß die Führer der Verbandsglieder in der Verbandsdrukerie bevorzugt wurden; 2. daß mehrere in der Druckerie beschäftigte Mädchen in gesegneten Umständen ausgesprochen seien. Ein Zeuge A. sagte unter Eid folgendes aus:

„Ich wurde 1906 ausschließliche drei Monate auf der Kasse des Verbandes beschäftigt. Mir ist aufgefallen, daß eine Kasse vorhanden war, in die Vorkasse hineinkam, worüber kein Buch geführt wurde. In den Kassenbüchern wurde radiert und gestrichen.“ Vor mehreren Jahren wurde in Köln ein Verwaltungsbeamter C. des sozialdemokratischen Malerverbandes wegen Unterschlagung zu Gefängnis verurteilt. In der Gerichtsverhandlung kam zur Sprache, daß C. auf überlittertem Wege Gelder verpaidet habe, worauf er erwiderte: „Ich war nur einmal mit W. (dem Gauleiter des sozialdemokratischen Malerverbandes) auf der Altenauer (einer verurteilten Strafe)“. Der ehemalige Kölner sozialdemokratische Parteiführer Müller bemerkt sich um dieselbe Zeit (Ende 1906) um die Stelle eines Arbeiterverbandesekretärs, als er in Köln-Land zum Reichstag landierte und die trüglichen Verwandten gegen Klassenfaul und Unternechtum hielt. In Erinnerung ist noch, daß der sozialdemokratische badische Landtagsabgeordnete W. und seine Frau durch Urteil der Karlsruhe Strafkammer wegen schwerer Kuppelerei zu drei bezw. fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, war wehrlos genug, den verurteilten Obergewerkschaften als ein Opfer bürgerlicher Moral in Schutz zu nehmen. Im Jahre 1911 verurteilte das Gothaer Landgericht den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten D. wegen Betrug und Untreue zu acht Monaten Gefängnis. Er hatte sich als Vorsitzender einer Ortsstrafenkassa an dem Kassenvermögen vergreifen.

Einen bezeichnenden Beweis für die Moralansprüche im sozialdemokratischen Lager liefern die Prozesse der Solinger Metallarbeiterverbandsführer gegen die Leitung des sozialdemokratischen Stahlarbeiterverbandes. Durch Urteil des Landgerichtes Elberfeld wurde gerichtlich festgestellt, daß Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, „Arbeiterverband und Zerstörer“ begangen hätten. Auch der rote Holzarbeiterverband ist von ähnlichen Skandalgeschichten nicht verschont geblieben. Wir möchten nur an die eingeweihten Persönlichkeiten des freien Holzarbeiterverbandes die Frage richten, aus welchen Gründen der hochangesehene Verbandsführer und Obergewerkschaft W. vor einiger Zeit lang- und kluglos in der Verfenkung verschwunden ist?

In München sind schon wiederholt Blasen aus dem roten Sumpf an der Öffentlichkeit geplatzt. Großes Aufsehen hat beispielsweise der Standalprozess wegen den Zuständen im sozialdemokratisch verwalteten Sanatorium Ober-Isaroten erregt, wo die schlimmste Kunstlingswirtschaft und Korruption aufgedeckt wurde. Ferner sei erinnert an den Fall des angehenden Partei- und Gewerkschaftsführers Dobler. Dieser Dobler, Gauleiter des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, außerdem hervortragender Führer der sozialdemokratischen Partei, u. a. auch roter Gemeindevollständiger in München, hat den Verband jahrelang um schwere Summen betrogen. Er hatte Fahrgelder und Diäten quittiert für Weisen, die er gar nicht gemacht hatte, Quittungen und Streifenlisten gefälscht, und zwar hatte er dieses jahrelang betrieben, bis die Betrügereien endlich an den Tag kamen. Zunächst suchte die Leitung des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes die Geschichte zu verbergen. In einer geheimen Sitzung hinter verschlossenen Türen auf dem 6. Verbandstag des roten Transportarbeiterverbandes (Juni 1909 in München) wurde über eine ganze Reihe von Sündern, u. a. auch über Dobler, Bericht abgehalten. Der Vorsitzende Schumann schickte die Treiberzeiten des Obergewerkschaft Dobler und erklärte u. a. folgendes: „Im Einverständnis mit dem Gauvorstand haben wir mit Rücksicht auf die gewerkschaftliche und politische Bewegung von einer Anzeige Abstand genommen.“ Ein Delegierter namens Angerer (München) ließ die Sache noch mehr aus dem Saal. Er sagte u. a.: „Auf deutsch gesagt, ich hätte ihn (Dobler) mandamental erdrosseln können. . . . Was soll nun geschehen? Ich war derjenige, der zu Schumann in der Sitzung gesagt hat, der Lump gehört an den Galgen. Ich wäre derjenige, der ihn an den Galgen geliefert hätte, aber andere haben mir davon abgeraten mit Rücksicht auf die Christlichen. Ich habe mich dann belehren lassen

und im Interesse des Verbandes meine Zustimmung dazu gegeben, daß wir Dobler nicht dem Staatsanwalt ausliefern. . . . Glauben Sie auch nicht, daß wir durch eine Anzeige beim Staatsanwalt etwas erreichen! Es gibt Menschen, die sich in einer Art und Weise an verteiligen wissen, selbst wenn sie die größten Schmeicheleien gemacht haben, daß die Richter sie doch nicht schuldig sprechen, und ein solcher Mensch, ein Wortführer erster Klasse ist, Dobler. Wir werden ihm durch eine Anzeige nicht viel schaden können, ja er wird evtl. sogar Dinge, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, aus der Partei und der Gewerkschaft mit größter Freude der Öffentlichkeit unterbreiten und wer hat dann den Schaden davon?“ Schließlich hat dann die Geheimhaltung des Verbandes beschlossen, sich zunächst mit der Münchener (roten) Parteileitung ins Einvernehmen zu setzen, und zu prüfen, ob die Gründe der Partei schwerwiegend genug wären, Dobler der Staatsanwaltschaft nicht auszuliefern. (Später hat dieser saubere Obergewerkschaft Dobler, den die Genossen fürchteten, weil er zu viel wußte, aus einer Wadkette ein Wadchen durch einen gewissen Schutz tödlich verriet und ist dafür zu 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden, später auch für die Unterschlagungen und Urkundenfälschungen noch zu 4 Jahren Gefängnis.)

#### Ein Geldschrankklühelgeheimnis.

Aus der Mähling'schen Broschüre wird von der sozialdemokratischen Presse besonders ein Fall breitgetrieben, wo von einem Geldschrankklühel die Rede ist. Ein ähnlicher Fall hat sich schon früher in der Hauptgeschäftsstelle eines sozialdemokratischen Verbandes zugetragen. Im Jahre 1908 wurden aus der Hauptkasse des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes wiederholt Gelder entwendet, ohne daß der Dieb gefast werden konnte. Der Hauptkassierer Kahler gab sich die erdenkliche Mühe, um den Verbrecher zu entdecken, was ihm auch schließlich gelang. Ein Beamter an der Zentrale, der schon seit drei Jahren den Posten bekleidete, wurde als Einbrecher überführt, und später zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

In der vorhin erwähnten Geheimhaltung des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes auf dem Verbandstage 1909 in München sagte der Vorsitzende Schumann über den Fall u. a.: „Wir werden Kahler nachführen können, in welcher bezweifelten Stimmung er war, immer und immer fehlte Geld, wir anderen kamen in einen unangenehmen Verdacht, und schließlich konnten wir ja auch glauben, daß Kahler zu den Kassierern gehörte, die Einbrüche fingierten. Auch ich konnte in Verdacht geraten, weil außer Kahler nur noch ich einen Schlüssel zum Geldschrank hatte. Die Summe, die uns auf diese Weise verloren gegangen ist, beträgt 2270 Mk. Der Mann hat seine Strafe, er ist ausgeschloffen, und damit ist der Fall für uns erledigt, obwohl es sehr unangenehm berührt, konstatieren zu müssen, daß je jemand, der drei Jahre im Bureau arbeitet, sich als solcher Lump entpuppt.“

Die Sache lag also sehr ähnlich, wie sie in der Subdroschüre des Menegaten Mähling dargestellt wird. Dem Kassierer fehlte wiederholt Geld, ohne daß er das Mäsel lösen konnte. Der Verdacht fiel auch auf den Verbandsvorsitzenden, weil der einen weiteren Schlüssel in Verwahr hatte. Wenn der Dieb im Bureau des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes nicht entdeckt worden wäre, hätte es dem Vorsitzenden Schumann des Transportarbeiterverbandes ähnlich ergehen können, wie nun dem Vorsitzenden Schiffer, der nun von einem entlassenen Beamten aus Mache für die Entlassung in den Verdacht des Diebstahls gebracht wird.

Das sind einige wenige Fälle aus dem sozialdemokratischen Charakter- und Sittenlexikon; sie lassen sich noch vermehren. Einstweilen dürfte sie genügen, um darzutun, daß es der Sozialdemokratie außerordentlich gut zu Gesicht steht, sich als Sittensrichter über andere aufzuspielen. Seit Bestehen der christlichen Gewerkschaften hat sich nicht der hundertste Teil an unangenehmen Vorkommnissen ereignet, wie sie im sozialdemokratischen Lager zu den alltäglichen gehören. Es gibt kein Organisationsgebilde in Deutschland, in dem der Schmutz und Ekel in solchen Dingen anzutreffen ist, als in der „Sittenverderben“ Sozialdemokratie. Und diese Leute wollen im christlichen Gewerkschaftslager Korruptionserscheinungen suchen!

## Fachliches.

### Buchbinderarbeiten der Handwerker- und Kunstgewerkschule in Köln.

Unter Leitung des Herrn Professor Rigg und des Herrn Rigg steht die buchgewerbliche Abteilung der Kölner Kunstgewerkschule. Soweit in dieser Abteilung gearbeitet und gemacht wird, scheinen uns die ausgestellten Arbeiten von guten und beachtenswerten Leistungen Zeugnis zu geben. Aber in der Abteilung werden auch Bücher gebunden. Wie man annehmen muß, nach kunstgewerblichen Motiven und sachmännischen Regeln.

Der Sachgenosse, der mit dieser Hoffnung im Herzen zu den ausgestellten Buchbinderarbeiten kommt, wird schmerzlich enttäuscht sein, denn er sieht vor sich mehrere Bücher ohne Titel und andere Abnormitäten. Wir nennen nicht gerne viel davon, denn Kritik soll nicht töten, sondern zu besserem Schaffen anspornen. Also: Bücher in teurem Einband, mit sagenanreum Titelfeld, in dem aber Stempel den Platz ausfüllen, wo der Titel stehen soll. — Ob das schon einmal dagewesen ist? Oder soll etwa künftig dies die Regel sein? Wir wollen es nicht hoffen, denn: neugierig, wie die Menschen nun einmal sind, wollen sie, wenn sie ein Buch vor sich liegen haben, gleich von außen sehen, was ihnen zu lesen ist. So wird es bleiben. Darum dürfen wir scharflich auch die Hoffnung legen, daß Bücher ohne Titel im Besitz der Leute bleiben, die sie herstellen. Noch ein

Wort zu den Handwerkerarbeiten. Wenn wir sie gelegentlich einer — Ausfällung von Lehrungsarbeiten gesehen hätten, würden wir bei der Annahme gezwungen worden sein, daß die Lehrmeister der betr. Lehrlinge selbst mit der Kunst des Handwerkers auf dem Kriegsfuß stehen. Bei Schülern einer Kunstgewerkschule, wo doch, so sollte man meinen, nur tüchtige, in allen Zweigen des Faches leistungsfähige Kräfte Unterricht erteilen, kann man dies nicht leicht annehmen. Wenn wir aber unsere Empfindungen frei und ehrlich aussprechen sollen, dann können wir kaum zu einem Schluß kommen, der diese optimistische Auffassung bestätigen würde.

Handwerkerarbeiten, d. h. ja, daß man es als Buchschmuck betrachten kann, ist gewiß nicht leicht. Es ist eine Kunst, einen Einband schön und geschmackvoll zu verpacken. Wenn es bei irgend einem künstlerischen Schaffen auf die Veredelung der rechnerischen „Nebenarbeiten“ ankommt, dann überbleibt auch beim Handwerkerarbeiten.

Was soll man sagen, wenn man eine Stempelergoldung vor sich sieht, wobei häufig ein Drittel der Gravierung „blind“ erscheint? Das soll nicht vorkommen; wenn es Schülern passiert, dann soll wenigstens der Lehrer dafür sorgen, daß solche Sachen nicht in einem Kunstgewerkschulemuseum ausgestellt werden. „Leit dieses halb, teils außerdem“, so würde Wilhelm Busch gesagt haben, denn 1. kann es für Schule und Verkefiste kein Gewinn sein, wenn sie mit solchen Produkten improvisiert werden, und 2. kann sich jeder richtige Sachgenosse beleidigt fühlen, wenn dem großen Publikum derartige verpackte Verunstaltungen als kunstgewerbliche Ergänzungen des Buchbinderwerkes vorgeführt werden. Der Kain muß doch schließlich zu dem Schluß kommen, daß er sich nie in seinem Leben ein handwerkliches Buch machen lassen will, wenn sogar die Arbeiten der kunstgewerblichen Sachgenossen so wenig können offenbaren.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, hätten nach unserer Meinung die Kölner Buchbindermeister alle Veranlassung, ihren Auf nicht durch Ausstellungen verderben zu lassen. Wie sie sich in diesem Falle vor Schaden bewahren können, mögen sie selbst erwägen.

Schöne Kunden und ähnliche Dinge, die auch an Büchern, die in einer Kunstgewerkschule hergestellt sind, nicht üblich sein sollen, fallen einem gewöhnlichen Buchbinder unangenehm an.

Wir könnten noch manche Einzelheiten kritisch beleuchten, aber es mag genügen, was wir gesagt haben. Am es noch einmal zu betonen: Wir kritisieren, damit die Leistungen nach Kräften verbessert werden möchten, denn das erscheint dringend erforderlich.

Arbeiten vom Meisterkurs, der vonseiten der Gewerkschaftsförderung für die Rheinprovinz in Köln veranstaltet, und von Adam-Duffeld o. g. e. k. e. t. e. sind im gleichen Museum, aber in einem anderen Raum untergebracht.

Au sehr guten Leistungen mangelt es nicht. So wohl auf die Verarbeitung der verschiedenen Materialien, als auch auf die Behandlung des Buchblocks und die Verzierung des Einbandes ist sorgfältig geachtet worden. Man darf sagen, daß die Arbeiten aller Kursteilnehmer lobenswert sind. Aufzufallen ist uns, daß der Titel häufig nicht wie sonst üblich so auf das Titelfeld verteilt ist, daß oben ein etwas kleinerer, unter ein etwas größerer Raum frei bleibt, also ziemlich in der Mitte steht, sondern daß er, die Zeilen eng aneinander, immer nur den obersten Teil des Titelfeldes einnimmt. Wir hörten einen Weidauer sagen, das säße aus wie ein Familien-Beizeichen, auf dem der Platz für mehrere Personen noch freigeblieben ist. Tatsächlich scheint uns diese Meinung ungenügend, denn übersichtlicher wird der Titel so nicht. Der Titel soll aber möglichst klar ins Auge fallen. Es ist daher vollumfänglich begründet, wenn man einen Titel von drei Zeilen in die Mitte des Titelfeldes setzt, ganz gleich, ob nur vier oder ob acht Zeilen im selbe Platz haben. Daß das Titelaufdrucken vielen tüchtigen Buchbindern harte Mühe macht, ist auch an den ausgestellten Arbeiten des Meisterkurses zu ersehen. Ganz einwandfrei sind wenige Zeilen gedruckt. Da fehlt es eben noch an der Übung, die erst die Praxis mit sich bringt. Von eigenartiger, schöner Wirkung sind die verschiedenen Durchbrucharbeiten, besonders solche, die auch tabellos vergoldet sind.

Warum wir Deutschen eigentlich so viel die französischen Methoden nachsehen? Diese Frage müßten wir uns wieder vorlegen, als wir die Ganzleberbände mit durch den Dedel gezogenen Bänden sahen. Daß eine besser haltbare durch diese Methode verfertigt werden soll, glauben wir nicht, d. h. wenn im anderen Falle die Bände richtig aufgeschraubt und vorsichtig auf den Dedel gesetzt sind. Schöner sind in der Regel die nach deutscher Methode angefertigten Bücher. Wir arg das gute Aussehen eines Bandes durch die Anwendung der französischen Manier leiden kann, natürlich auch nur bei wenig vorzüglicher Arbeit, zeigt ein Lederband, an dem die Bünde und die Köcher, durch die sie gezogen sind, sich deutlich markieren. Das machte einen üblen Eindruck. Daß Stadtbücher auf 6 und 8 eckte Bünde geheftet werden, ist vielfach üblich geworden. In der Praxis wird es allerdings selten gemacht, weil Zeit Geld ist. Sehr vernünftig scheint es uns, wenn die Bünde nicht in der Mitte sich aufeinanderdrängen, sondern wenn auch ziemlich nahe an oberen und unteren Ende des Rückens noch ein Bund zur besseren Haltbarkeit des Buches beiträgt. Herr Adam hält daher mit Recht an dieser Manier fest.

Stellt man die diesjährigen Arbeiten des Meisterkurs in ihrer Gesamtheit in Vergleich zu den vorjährigen, dann kann man leicht einen erheblichen Fortschritt konstatieren. Dies gerichtet der Gewerkschaftsförderung zur Ehre, dem Buchbinderhandwerk zum Nutzen.

## Rundschau.

### Der Dreistädte-Tarif

sieht ab 1. Oktober 1918 manche Veränderung vor. Die Stundenlöhne für gelernte Buchbinder betragen von hier ab:

\*) Die Statistik auf die betr. Verweise ist von rotter Namensnennung abgesehen.

- a) für solche, die sich mindestens im 6. Jahre ihrer Berufstätigkeit befinden, in Stuttgart 54, in Leipzig 56, in Berlin 58 Pfennige.
- b) für solche, die sich mindestens im 5. Jahre ihrer Berufstätigkeit befinden, in Stuttgart 43, in Leipzig 45, in Berlin 47 Pfennige.
- c) für solche, die sich im 4. Jahre ihrer Berufstätigkeit befinden, in Stuttgart 40, in Leipzig 42, in Berlin 44 Pfennige.
- d) für Presser an Schnellpressen sämtlicher Systeme, sowie Gebläsen an der Deckenabmachmaschine, für erste Gebläsen an der Fertigmachmaschine während der Belegzeit (Dauer 6 Wochen), in Stuttgart 66, in Leipzig 68, in Berlin 71 Pfennige.

Der in Berlin übliche Minimalstundenlohn steigt von 60 auf 61 Pfennige.

- Die Stundensöhne für Arbeiterinnen betragen**
- a) für solche unter 16 Jahren im 2. Jahre in Stuttgart 21, in Leipzig 22, in Berlin 24 Pfennige.
  - b) für geübte Arbeiterinnen und solche Mädchen, die an einfachen Maschinen, wie Klebe- und Anstrichmaschinen, Schär- und Nähtmaschinen, Universal-Nähmaschinen und Biegemaschinen beschäftigt sind, in Stuttgart 29, in Leipzig 30, in Berlin 35 Pfennige.
  - c) für geübte Goldarbeiterinnen (echt Gold), sowie Schriftmädchen und Angelernterinnen an Deckmaschinen in Stuttgart 30, in Leipzig 31, in Berlin 40 Pfennige.

**Krankentafelwahlen.**

In den letzten Wochen sind wiederum eine Reihe von Krankentafelwahlen getätigt worden, die von Interesse sind. In Vöckum gaben die christlichen Arbeiter den „Genossen“ die richtige Antwort auf den Verdrängungsfragebogen, den die auswärtige sozialdemokratische Presse gegen die bisherigen christlichen Arbeitervertreter in der Bochumer Christenkrankentafel führt. Mit 1377 Stimmen (84 Vertreter) errangen sie gegen die sozialdemokratische Liste (1073 Stimmen, 26 Vertreter) wieder die Mehrheit der Arbeitervertreter. In der Kasse kamen vor längerer Zeit Unregelmäßigkeiten vor und ist deshalb der Mandant zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die rote Presse machte hieraus einen „christlichen“ Krankentafelstempel. In Wirklichkeit datieren die Verfehlungen des Mandanten, der stark mit den Genossen liebäugelte, aus der Zeit, als die christlichen Gewerkschaften auf die Kasse nach seinem Einfluß besaßen. Erst, als sie die Mehrheit nach seinen Einflüssen verloren, war es ihnen möglich, die Mitgliedschaft des Mandanten zu beschränken. Gerade die „Genossen“ waren es, die dem Mandanten „die Stange“ hielten und so verhinderten, daß mit dessen Mißwirtschaft aufgeräumt werden konnte. — In Ruten (Siegfried) wurde nur eine Vorschlagsliste der christlichen Gewerkschaften eingereicht. Diese gilt als gewählt. — In Nürnberg wurden abgegeben 25 168 sozialdemokratische und 4643 nichtsozialdemokratische Stimmen. Die Wähler entfielen auf drei Listen: christlich-nationale Liste 2474 Stimmen; Liste der Vereinigung bürgerlicher Arbeitervereine (Dietrich-Dunder) 1934 Stimmen; Liste kaufmännischer und technischer Verbände 1135 Stimmen. — In Hencen regien die christlichen Gewerkschaften mit 243 Stimmen (17 Vertreter) über die sozialdemokratische Liste, die 193 Stimmen (18 Vertreter) erhielt. — In Kessenberg, wo Sozialdemokraten kaum in Frage kommen, stand der Liste der christlichen Gewerkschaften eine solche des bisherigen Kassenvorstandes gegenüber. Ersterer erhielt 67 Stimmen (7 Vertreter), letzterer 124 Stimmen (13 Vertreter). — In Wuppertal erzielte die Liste des christlichen Gewerkschaftsverbandes, trotz heftiger Gegenarbeit des Werkmeisterversins die übergroße Mehrheit von 888 Stimmen (18 Vertreter), während die Gegenliste es nur auf 230 Stimmen (6 Vertreter) brachte. — Die Wahl in Deuel brachte den christlichen Gewerkschaften 35, den sozialdemokratischen 15 Krankentafel-Auswahlglieder. — Im Kreise Schlag erhielt die Liste von „Sib Berlin“ 7 Auswahlglieder, die sozialdemokratische Liste 5. — Im Landkreis Rühlhausen in Thür. entfielen auf die Liste von „Sib Berlin“ 12 Vertreter, auf die Liste des Versicherungsamtes 2 und auf die sozialdemokratische Liste 6 Vertreter. — In Witten a. d. Ruhr wählten etwa 30 Prozent der Kassenmitglieder von 6500. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften erhielten 21, die christlichen 9 Vertreter. Die Kasse war auch bisher im Besitz der „Genossen“. — Bei der Wahl zur gemeinsamen Christenkrankentafel in Hagen kam es zu tumultuarien Austritten. Der Andrang war so stark, daß das Wahlloft nicht alle Wähler faßte, die ihre Stimmen abgeben wollten. Der Wahlvorstand mußte schließlich stücken. Die Wahlhandlung wurde abgebrochen und für ungültig erklärt. Es soll eine Neuwahl stattfinden. — In Geselesberg erhielt die sozialdemokratische Liste 671 Stimmen (22 Vertreter); die Christ-Dunder-Liste 178 Stimmen (6 Vertreter); die christliche Liste 267 Stimmen (8 Vertreter). — Bei der Wahl der Christenkrankentafel 6 in Hagen (Bezirk Altenbaben-Gäse) erhielt die christliche Liste 267 Stimmen (14 Sipe), die Christ-Dunder-Liste 177 Stimmen (9 Sipe), die sozialdemokratische Liste 335 Stimmen (17 Sipe). — Für die Christenkrankentafel Siegburg-Sieglar wurde die christliche Kandidatenliste glatt gewählt. — Für die christlichen Kandidatenliste glatt gewählt. — Für die neuerrichteten Allgemeinen Christenkrankentafel in Wipperfurth, Aindlar und Engelskirchen gelten die von der christl.-nationalen Arbeitervereins eingereichten Kandidaten als gewählt, weil andere gültige Wahlschlüsse nicht gemacht wurden. — In Soest entfielen auf die christlich-nationale Vorschlagsliste 418 Stimmen, auf die sozialdemokratische 19 Vertreter und 36 Ergänzungen, während die sozialdemokratische Richtung die sich verspricht als „vorbestimmtes Komitee“ bezeichnete, 293 Stimmen aufbrachte und demgemäß 11 Vertreter und 24 Ergänzungen erhielt. — In Sülich ist die Liste der christlich-nationalen Arbeiter als gewählt zu betrachten, da eine gültige Gegenliste nicht eingereicht wurde. — In Kattowitz erhielt die rote Liste 889 Stimmen und 15 Vertreter. Die zwei nichtsozialdemokratischen Listen des Vorstandes von „Sib Berlin“, der christlichen und Christ-Dunder-

Gewerkschaften erhielten zusammen 884 Stimmen und 19 Vertreter. — Bei der Auswahlgewahl für Tischler-Innungskrankentafel in Bonn wurden 3 Vertreter und 15 Ersatzleute des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter und 1 Vertreter und 13 Ersatzleute des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gewählt. — Wie die Wahl ausfällt, wo christliche Gewerkschaftler nicht vertreten sind, zeigt sich in Breslau-Land. Ein schwächere Aufseher „mehrerer christlich-nationaler Wähler“ brachte 42 Stimmen zusammen. Die „Genossen“ erhielten 606 Stimmen und damit alle Vertreter. — In Wanne, wo sich früher heftige Krankentafelkämpfe abspielten, erzielten die christlichen Gewerkschaften einen glänzenden Erfolg. Von der christlichen Liste sind 17, von der roten nur 3 Vertreter gewählt. — In Erlau erzielte die sozialdemokratische Liste 224 Stimmen (26 Vertreter), die christlich-nationale Liste 1171 Stimmen (16 Vertreter). Die Wahlen brachten es auf 27 Stimmen. Da sie einschließlich der Ersatzvertreter 96 Namen auf der Liste haben müßten, haben 69 der gelben Kandidaten entweder gar nicht oder anders gewählt. — In Reuznach sind gewählt von der sozialdemokratischen Liste 29 Ausschuhmitglieder, von der Liste des evangelischen Arbeitervereins 7 und von der des katholischen Arbeitervereins 14. — Zur Auswahlgewahl für die Christenkrankentafel des Kreises Vöckum in Hagen, sowie der Bürgermeisterei Vöckum-Gladbach, Eudenthal zeichnen nur die christlichen Gewerkschaften eine Vorschlagsliste ein. Die vorgeschlagenen Kandidaten sind damit gewählt. — In Solp in Pommern wurde die Christenkrankentafel bisher von den „Genossen“ beherrscht. Ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Arbeiterorganisationen mit dem Dietrich-Dunder'schen Gewerksverein bei der jetzigen Krankentafel-Auswahlgewahl hatte den Erfolg, daß auf die gemeinsame Liste 16 Ausschuhmitglieder entfielen, auf die sozialdemokratische Liste hingegen nur 14.

**Sozialdemokratische Kampfweise.**

Unter der Ueberschrift „Das christliche Aushängeschild“ macht gegenwärtig ein Artikel durch die sozialdemokratische Presse die Kunde, dessen Inhalt dem Korrespondenten (Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes) entnommen ist. Es wird erzählt, daß sich ein Buchdrucker an ein Mitglied des Gutenbergsbundes gewandt habe mit der Anfrage, ob er dem Gutenbergsbunde beitreten könne, trotzdem er (der Buchdrucker) politisch auf dem linken Flügel liege und seinem Glaubensbekenntnis angehöre. Der Befragte habe dann die Antwort gegeben, daß dies kein Grund sei, sich einer christlichen Gewerkschaft nicht anzuschließen. Die sozialdemokratische Presse drückt das Schreiben zur Hälfte ab und bemerkt dazu, man könne daraus ersehen, daß das christliche und nationale Aushängeschild Humburg sei, unter dem christlich-nationale Mantel vollziehe sich eine pharisäische Täuschung der Feindschaft, die zum Himmel schreit. Der Korrespondent meint, man habe keinen Grund mehr, den Buchdruckerverband als sozialdemokratische Organisation zu bezeichnen und sich darüber aufzuregen, wenn in seinen Kreisvereinen Vorträge über die Feuerbestattung, über Darwin usw. gehalten würden, da die Vertreter dieser Anschauungen im Gutenbergsbund Aufnahme fänden.

Die sozialdemokratische Presse muß ein außerordentliches Interesse daran haben, diesen Brief eines untergeordneten Funktionärs abzuhandeln, aber noch ein weit größeres Interesse, ihn nur zur Hälfte abzuhandeln, und gerade da abzubrechen, wo der Schreiber wie folgt fortfährt:

„... umso mehr als Sie durch längeren Umgang und Verkehr mit Kollegen dieser Gewerkschaft meiner Ueberzeugung nach sehr leicht wieder einer anderen Gesinnung werden und sich wieder irgend einer Religionsgemeinschaft anschließen dürften. Im Uebrigen wissen Sie ganz genau, daß in Versammlungen ein Eingehen auf religiöse und politische Momente nicht duldet.“

Aus diesem bewußt unterschlagenen Satz geht deutlich hervor, daß der Gutenbergsbund eine neutrale Organisation ist, die in Versammlungen ein Eingehen auf politische und religiöse Fragen nicht duldet und daß man glaubte, der Aufzunehmende würde durch den Umgang mit christlich denkenden Mitgliedern bald anderen Sinnes. Das Beispiel haben wir an den „freien“ Gewerkschaften. Wie manches Mitglied ist durch das Wesen der „freien“ Gewerkschafts- und das Versammlungsweisen der „freien“ Gewerkschaften zum Sozialdemokraten ertragen worden. Es ist auch ein Unterschied zu machen, ob man ein einzelnes Mitglied aufnimmt, das links steht oder ob die Organisation als solche die Sozialdemokratie moralisch und finanziell unterstützt und die Religion bekämpft wie die „freien“ Gewerkschaften inklusive Buchdruckerverband. Wäre der Korrespondent so ehrlich gewesen und hätte das Schreiben gleich ganz abgedruckt, dann hätte er und die sozialdemokratische Presse natürlich die Feindschaft nicht irreführen können. Aber darum war es ihnen ja nur zu tun. Nachträglich brachte nun der „Korrespondent“ den Brief ganz.

**2. Generalversammlung des Deutschen (nationalen) Gärtner-Verbandes.**

In Köln tagte vom 21.—23. September die 2. Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes. Am Abend des 20. September fand eine Begrüßungsfeier statt, in der Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens die Begrüßung hielt. Im Namen des Gesamtverbandes begrüßte Kollege Stegerwald die Tagung. Am Montag begannen die geschäftlichen Verhandlungen, an denen vom Gesamtverband Generalsekretär Kollege Stegerwald teilnahm. Aus dem Geschäftsbericht sei erwähnt, daß die Einnahmen während der Berichtszeit von 1910—1913 für die Hauptkasse 30 300 Mk., die Ausgaben 31 300 Mk. betragen. Der Gesamtfassenbestand beträgt 6 600 Mk. Die Ausgaben betreffen sich auf Bildungsbestrebungen, Verbandsorgan, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Umgang, Krankheit und Streik, für Rechtschutz, Arbeitsnachweise und Verwaltung. Der Verband war befreit, die

Interessen seiner Mitglieder in wirtschaftlicher und gesetzgeberischer Hinsicht zu vertreten. An einer Anzahl Tarifverträge ist der Verband beteiligt, die den Mitgliedern bedeutende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen brachten.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens über das Thema: Die Stellung der gärtnerischen Arbeitnehmer zur gärtnerischen Schutzlohnfrage. Voller Berlin sprach dann über das gärtnerische Bildungsproblem. Eine bessere Ausbildung des gärtnerischen Nachwuchses wurde in einer Resolution gefordert. Lieber die Stellung der gärtnerischen Arbeitgeber zum Tarifproblem berichtete Pannier; über Lohnbewegungstaktik und die Arbeitsnachfrage berichtete. Agitation und Organisation behandelte in längerer sachgemäßer Ausführungen Hüller.

Eine neue Verbandsreform wurde durchgeführt. Die Beiträge wurden um 5 und 10 Pfg. pro Woche erhöht. Dasselbe betragen jetzt 25—35 Pfg. Grundbeitrag. Ebenso wurden die Unterhaltungen bedeutend ausgedehnt und die Herausgabe einer Anzeigebote zum Verbandsorgan beschlossen. Für die Privatgärtner wurde die Gründung einer Reichssekktion beschlossen. Durch diese Reform hat der Verband die Grundlage geschaffen, die eine bessere innere und äußere Entwicklung in den nächsten Jahren verbürgt. An Stelle des zurückgetretenen Pannier wurde Hüller Berlin zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Generalsekretär Stegerwald erklärte an, daß durch die Beschlüsse ganze Arbeit gemacht sei. Er forderte das Einlegen aller Kräfte, um die Gärtnerbewegung in den nächsten Jahren vorwärts zu bringen. Die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes bleibt in Berlin, Stralauerstraße 53.

**Aus den Zahlstellen.**

**Nachen.** Zur Tarifbewegung! Seit dem Jahre 1908 verband in Nachen keine Tarifgemeinschaft mehr, nachdem die damalige Bewegung durch das Verhalten einzelner Firmen verfracht war. Auch der Radikalismus gemisser Kreise hat zu dem Fiasko beigetragen. Heute sind sie eines besseren belehrt. Während der tariflosen Zeit haben sich Mißstände eingeschlichen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Nun veranstalteten der Buchbinderverband und unser Verband am Samstag, den 28. September eine öffentliche Versammlung. Als Referenten waren die Kollegen Grönhoff und Sedlmayr erschienen. Beide betonten die Wichtigkeit der Organisation und die Bedeutung eines Tarifvertrages. Der den Arbeitgebern eingereichte Tarif enthält folgende Forderungen:

1. Neunständige Arbeitszeit.
2. Minimallohn für Gebläsen: im 1. Jahre nach vollendeter Belegzeit 16,00 Mk., im 2. Jahre 18,00 Mk., im 3. Jahre 20,00 Mk., im 4. Jahre 22,00 Mk., im 5. Jahre 24,00 Mk., im 6. Jahre 26,00 Mk.
3. Minimallohn für Arbeiterinnen: im 3. Jahre ihrer Berufstätigkeit 9,00 Mk., im 4. Jahre 10,00 Mk., im 5. Jahre 11,50 Mk., im 6. Jahre 13,00 Mk., im 7. Jahre 15,00 Mk.

Gewiß wird mancher Kollege und manche Kollegin sagen, was sind diese Nachener doch für bescheidenen Menschen! Aber die momentanen Verhältnisse zwingen eben dazu, die Forderungen nicht höher zu schrauben, trotzdem die Lebensbedingungen nicht rofiger sind, als in anderen Städten unseres Vaterlandes. Wir hoffen aber auch, daß es den Arbeitgebern ein leichtes sein wird, dem Tarif ihre Zustimmung zu geben.

**Vielfelder.** Am Donnerstag, den 25. September fand aus Anlaß der Lohnbewegung die zweite öffentliche Versammlung statt, welche von 250 Kollegen und Kolleginnen besucht war. In dieser Versammlung erstattete die Lohnkommission über die von den Arbeitgebern eingegangenen Antworten und die bisher stattgefundenen Verhandlungen Bericht. Unterseits nahm Kollege Kornbach an der Versammlung teil. Kollege Weisler eröffnete die Versammlung und verlas darauf die eingegangenen Antworten. Die Verhandlung mit der Innung hat am 22. September stattgefunden, welche aber derartig ausfiel, daß nichts Annehmbares dabei herauskam. Bezirksleiter Kollege Kornacker wurde zu der Verhandlung nicht zugelassen. Die Innung meinte sogar noch sehr gnädig zu sein, weil sie mit der Lohnkommission verhandelte. Nach dem von uns eingereichten Tarifentwurf zu verhandeln, lehnte sie auch ab. Was die Innung bewilligte, war alles andere, nur nicht das, was wir gefordert haben. Folgendes bot sie als Neuhertes an: Die Arbeitszeit beträgt 5 1/2 Stunden, bisher 5 1/2 Stunden. Die Lohnverhöhung für Gebläsen beträgt in jeder Altersklasse 1,00 Mk. mehr als jetzt. Für Gebläsen von über 23 Jahren beträgt der Lohn 23 Mk., bisher 23 Mk. Die Hilfsarbeiter sollen auch für dieses mal leer ausgehen. Die Arbeiterinnen sollen mit 50 Pfg. bis 1.— Mk. bedacht werden. Kollegen, die die vorgeschriebenen Minimallohn schon bekommen, sollen eine Zulage von 1 Mk. haben, sofern sie nicht über 32 Mk. verdienen. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 50 Pfg. Die Fertigungsgewährung soll in Erwägung gezogen werden. Mit folgendem Passus hat sich die Vielfelder Buchbinderinnung auch etwas angefaßt, was noch nicht einmal unsere Minimaler können. Ran lese und laute: Der Tarif soll nur für Großbetriebe gelten, während in den kleineren Betrieben noch freier Vereinbarung gearbeitet und entlohnt werden soll. Das will also die Innung bewilligen. Was sind nun Groß- und Kleinbetriebe? Kollege Kornacker gab sodann den Bericht über die Verhandlungen mit den größeren Firmen. Die Firmen erklärten durchweg, sich dem anzuschließen, was die Innung bewilligt. Kornacker und Kornbach erhielten mit scharfen Worten die unmoderne Anschauung der Innung. Sie forderten die Kollegen auf, dafür zu arbeiten, daß auch die Hilfsarbeiter in dem neuen Tarifentwurf berücksichtigt werden, so wie wir es vorgeschlagen haben: Sämtliche Disziplinsrechner sprachen sich gegen

die Annahme der ungenügenden Jugendänderung der  
Annahme aus, worauf folgende Resolution einstimmige  
Annahme fand:

„Die am 25. September in der „Eisenhütte“ jugende,  
sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der Buch-  
binderarbeiter und Arbeiterinnen nimmt an Er-  
kenntnis und Anerkennung der Bedeutung der Buchbin-  
dung den Bezirksleiter des Verbandes zu den  
Verhandlungen über den Tarif zugulassen. Die Ver-  
sammlung erklart in diesem Verhalten der Buchbin-  
derinnung ein Zeichen der Rücksichtlosigkeit, das den  
modernen Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht, und  
gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Buchbinde-  
rinnung bei den weiteren Verhandlungen ihre Stellung-  
nahme hierzu in modernem Sinne revidiert. Die Ver-  
sammlung bedauert ferner, daß es nicht gelungen  
ist, die Prinzipale zu gemeinsamen Beratungen zu be-  
wegen, und verurteilt entschieden das Verhalten der  
Arbeiter, die auf das Aufheben der Tarifkommission  
eine Annahme nicht erwidert haben. Die von der Jugend  
angebotenen Jugendänderungen in Bezug auf Arbeitszeit  
und Minimallohn hält die Versammlung für durchaus  
ungenügend und den heutigen Lebensverhältnissen  
nicht entsprechend. Die Versammlung lehnt deshalb  
diese Jugendänderung ab, gibt jedoch der Erwartung  
Ausdruck, daß die bisher vorgeschlagenen Positionen  
die Grundlage für neue Verhandlungen bilden werden,  
und beauftragt deshalb die Lohnkommission und den  
Bezirksleiter, neue Verhandlungen mit der Jugend  
und den übrigen Firmen anzubahnen. Von dem Be-  
zirksleiter besteht die Lohnbewegung zu einem für die  
Kollegenchaft günstigen Abschluß zu bringen, verspricht  
die Versammlung, treu und fest zur Organisation zu  
stehen und die Lohnkommission in allen ihren Maß-  
nahmen nach Kräften zu unterstützen.“

Inzwischen hat die Jugend der Lohnkommission die  
Mitteilung gemacht, daß sie weitere Jugendänderungen zu  
machen nicht in der Lage sei. Weitere Verhandlungen will  
sie auch nicht stattfinden lassen. Damit hat die Jugend  
und den Arbeitshandeln hingeworfen. Wohlan, wir  
sind bereit, den Kampf aufzunehmen. Wir können uns  
doch unmöglich mit Jugendänderungen einverstanden er-  
klären, die den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen  
sind. Wir wollen lieber eine tariflose Zeit haben, als  
einen derartigen Tarif abzuschießen. Vielesfeld ist  
als Arbeiter, August ist fernzuhalten.

Freitag, 1. Br. Wir haben zuerst in einer Lohn-  
bewegung, gemeinsam mit dem Deutschen Buchbinde-  
rverband im Laufe der Sommermonate die Vorar-  
beiten hierzu geleistet worden. Vertikalen, Verbands-  
und kombinierte Versammlungen wechselten miteinander  
ab, und durch manche Kommissionen seitens der  
Lohnkommission wurde der Grund zu einem für die  
jetzigen Verhältnisse passenden neuen Tarif gelegt.

Am 29. September fand die 2. kombinierte Ver-  
sammlung im Geislerbräu statt, die sich speziell mit der  
Rückbildung des alten Tarifs auf 1. Oktober d. J. zu  
beschaffen hatte. Diefelbe erregte sich eines guten  
Besuches und wurde von unserem Vorsitzenden Kollegen  
Dietl eröffnet und geleitet. Als Referent war Kollege  
Wernicke vom Deutschen Buchbinderverband aus  
Stuttgart gewonnen worden. Nach Verlesung des Pro-  
tolls der letzten kombinierten Versammlung durch Kol-  
legen Müller ergreift Kollege Heminger das Wort zu seinem  
Vortrage über: „Unsere Lohnbewegung.“ Er warf  
einen kurzen Rückblick auf die vor 4 Jahren stattge-  
fundene Lohnbewegung und stellte einen Vergleich an  
zwischen Stuttgart und Aachen.

Die in diesem Zeitraum gesteigerten Lebensmittel  
und vor allem die hohen Mietpreise berechtigen die Ge-  
hilfsenschaft zu einer entsprechenden Lohnforderung. Er  
hob den großen Wert eines Tarifvertrages hervor, der  
jedoch nie auf so lange Dauer abgeschlossen werden  
dürfte. Dann ging Referent des Näheren nochmals auf  
die Wünsche der Aachener Buchbinder ein, und unter-  
suchte die Gründe der Forderung betreffs Lohnhöhung  
und Verhinderung der Arbeitszeit. Letzteres wäre als ein  
großer Fortschritt zu bezeichnen, da der Arbeiter sich bei  
größerer Ruhepause auch geistig fortbilden kann, und  
eben auch an den mitgeschaffenen Vorteilen sich freuen  
kann. Er hofft besonders auch, daß für die Arbeiterinnen  
bessere Bedingungen geschaffen werden können. Mit  
einem warmen Appell an die Einigkeit der Kollegen  
schloß der Referent seine sachlich gehaltenen Ausführ-  
ungen.

Eine sich anschließende lebhafteste Diskussion ließ er-  
kennen, daß man gewillt ist, sich durch die Organisations-  
bessere Verhältnisse zu beschaffen. Kollege Dietl leitete  
am Ende von Zahlen mit, wieviel Kollegen in hiesigen  
Betrieben prozentual während der Tarifzeit aufgebessert  
wurden.

Koll. Semwinger konnte sich in seinem Schlußwort  
nicht fassen, und leitete noch die Bühne von Stuttgart mit.  
Er forderte die Kollegen auf, jetzt energisch für ihre Or-  
ganisation zu agitieren, um dadurch, verbunden mit  
straffer Disziplin, auch einen schönen Erfolg erweisen zu  
können. Koll. Dietl verlas nunmehr die Tarifänderung,  
welche einstimmig beschlossen wurde. Es entstand dann  
noch eine Debatte über die Frage der Spezialarbeiter  
und Hilfsarbeiter.

Nunmehr ergreift nochmals Kollege Dietl das Wort,  
um dem Referenten den Dank der Versammlung aus-  
zusprechen, ferner die Kollegen nochmals kräftig anzu-  
spornen, denn jetzt heißt es Einer für Alle und Alle für  
Einen, um zu einem schönen Ziele zu gelangen. S. E.

Freitag, 1. Br. Am Sonntag, den 3. Oktober gelang es  
erstmals, Quoderte von Kollegen und Kolleginnen in  
einer Versammlung im Wieschen Saale zu leben. Be-  
zirksleiter Reiffenberger als Einrufer und Leiter  
der Versammlung begrüßte die zahlreich erschienenen  
und gab einen Überblick über die Entwicklung des  
Deutschen Zentralverbandes im Kreise Düren. Zentral-  
vorsitzender Gornbach referierte über die Notwendig-  
keit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation  
und erstellte hienächst Bericht. An der Diskussion be-  
teiligten sich die Kollegen Braun und Wähler. Alle Ver-  
trauen, die Organisation in den hiesigen Papierbetrieben

einzuführen, waren bisher nie von Erfolg begleitet, da  
die Arbeiterschaft befürchtete, sich durch den Eintritt Maß-  
regelungen auszuheben. Der traurige Zusammenhalt un-  
serer Kollegenchaft der Zahlstelle Lendersdorf brachte es  
mit sich, daß auch die Kollegen von Kreuzau die Organi-  
sation als unbedingt notwendig erkannten und sich ihr  
mehr und mehr anschloßen. Die in der Versammlung an-  
wesenden nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen,  
schloßen sich, dem Beispiele ihrer Kollegen folgend, der  
Organisation an und die hiesige neuorganisierte Zahlstelle  
somite total mit weit mehr als 100 Mitgliedern ins  
Leben treten.

Lendersdorf. Wie letzthin bereits berichtet wurde,  
stand bei Arbeitslosigkeit hier die Geschichte so, daß,  
falls die Firma Deimr. Aug. Schaefer Söhne bis zu  
einem bestimmten Zeitpunkt keine wesentlichen Jugend-  
änderungen machen würde, eine Massenündigung statt-  
finden sollte.

Bei der Firma nun sah, daß es ernst wurde (die Ein-  
dignungsliste) waren abendungsweise bereits unterrich-  
ten, gläubte sie, die Situation dadurch retten zu können,  
daß sie durch Anhebung ein Wochenlohngeheimnis (prozentual  
vom Jahresverdienst gerechnet) bekannt geben ließ.

Wie vorausgesehen war, betriebligte das in keiner  
Weise und als nun gar letzten Endes der Betriebsleiter  
der Fabrik Neumühle unseren Leuten zumutete, ihre  
Wünsche entl. ganz durch unorganisierte Ausschußmit-  
glieder vertreten zu lassen, da gab's für die dort Lehen-  
den 200 Kollegen kein Dasten mehr; sie verließen plötzlich  
den Betrieb.

Die später hier von verständigen Verbandsvertreter  
haben daraufhin sofort Verbindung mit der Firma ge-  
sucht und bei dieser auch im großen und ganzen Ent-  
gegenkommen gefunden; nur sollte die Höhe der einzelnen  
Zulagen durch Ausschuß und Firma festgelegt werden.  
Ferner wurde zugewiesen, daß die Ausschußzusammen-  
setzung ganz dem Ermessen der organisierten Arbeit-  
erschaft überlassen bleibe.

Vorhandene Jugendänderungen wurden allerdings nur in  
der Erwartung gemacht, daß die Arbeiterschaft aber auch  
sich dann wieder die Arbeit aufsuche, was dann nach  
schicksalhaftem Feiern auch geschah.

Die jetzt sofort erstmalig stattgefundene Ausschuß-  
sitzung kam bezüglich der genaueren Lohnhöhung noch  
zu keinem Resultate, jedoch fand unser Prinzipal, die  
niedrigst Entlohnenden prozentual höher auszubessern, die  
Zustimmung der Firma, wie auch die Abstellung aller  
sonstigen mit uns gerügten Mängelstände zugesichert  
wurde.

Ferner sollte eine nachmalige Ausschußsitzung alle  
Eingelübten endgültig regeln.

Diese Jugendänderungen schienen der Allgemeinheit ge-  
nügung, jedoch die Sonntags stattgefundene Versammlung  
wurde befriedigt schien. Leider ist es anders gekommen,  
indem die Firma aufsehend sich ihrer Verpflichtungen  
nicht mehr erinnern wollte und eigenmächtig, ohne, wie  
versprochen, den Ausschuß nochmals zu hören, eine auf  
jedem Fall ungenügende Lohnhöhung eintraten ließ.  
Außerdem hatte man die ganze Aufbesserung wieder so  
gestaltet, daß die Besserbehalten mehr und die Gering-  
entlohnenden weniger Zulage erhielten, so daß die Meisten  
mit 10 bis 15 Pfa. mehr pro Tag bedacht wurden.

Als nun unsere Zeitung und der Fabrik-Ausschluß der  
Firma mitteilen und der Firma starkmachten, daß das  
Jugendstande keineswegs genüge, und demzufolge eine  
starke Erregung sich wieder bemerkbar machte, und er-  
widert wurde, daß allgemein nichts weiter bewilligt  
werde, höchstens Einzelwünsche noch berücksichtigt wer-  
den könnten, war bei der hier herrschenden Stimmung  
der Bruch unermesslich. Die Sonntag stattgefundene  
Versammlung beschloß entgegen der Mahnung der älte-  
ren und besonnenen Arbeiter und trotz des Protestes  
des Bezirksleiters, Montag die Arbeit nicht mehr aufzu-  
nehmen und zwar so lange auszusetzen, bis die Firma  
zu weiteren Jugendänderungen bereit sei.

Die Stimmung stand allgemein auf Sturm, nur ein  
Drittel der Abstimmen plädierte für Kündigung.

So hat denn Montag die Arbeit geruht und 400 Mit-  
glieder haben gefeiert.

Nachdem dann mittags Herr Schaefer erklärte, er  
wäre zu weiteren Verhandlungen bereit und nachher die-  
selbe Erklärung nochmals offiziell gegeben und für den  
nächsten Tag abends 8 Uhr der Termin zum Verhandeln  
festgelegt wurde, saßen die freitenden Arbeiter im  
Vertrauen auf die gegebene offizielle  
Erklärung der Firma an den Beschluß, anderen Tags  
wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Sollten aber wider Erwarten die weiteren Verhand-  
lungen keine Verbesserungen (insbesondere den höchst  
Entlohnenden) bringen, so wird sofort eingegriffen und  
getätigt werden. Keinesfalls soll aber nochmals unter  
Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt werden.

### Aachen.

Berlin: Vorsitzender: Paul Wagner, Pantof, Mollant-  
straße 79/80. Kaffierer: Karl Schach, E. B. 48,  
Wilhelmstr. 122. Schriftführer: Walter Buchhorn,  
E. B. 48, Wilhelmstr. 8.

Bonn: Vorsitzender: Josef Kemmel, Josefstr. 64.  
Wiesburg: Kaffierer: Theob. Martin, Hotelwengasse 3.

### Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:  
Aachen. Am 18. Oktober abends 8 1/2 Uhr sehr wichtige  
Versammlung; das Erscheinen sämtlicher Kollegen  
ist dringend nötig. Freunde unserer Bewegung mit-  
bringen. Lokal: Nilsden Viktorstraße.  
Kasselburg. Jeden 2. Samstag im Monat im Gemein-  
schaftshaus „Schöngasse“ Wintergasse 12.  
Darmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd in der  
Bett. Wilm. Sudwitzer. 31 in Oberfeld und im  
Bett. Rindermann Oberbrenne 16 in Darmen.  
Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Müller,  
Gartenstr. 13 (Gartenstr.) pünktlich 8 1/2 Uhr.

Bielefeld. Jeden 1. Mittwoch im Monat im Christl.  
Gem.-Haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang  
8 Uhr.

Bonn. Jeden zweiten Samstag im Monat, abends 9 Uhr  
im Restaurant König, Königstraße 4.

Düsseldorf (Oberb.). Jeden 1. Samstag nach dem 15. eines  
jeden Monats findet im Gasthof „Neue Post“  
unserer Versammlung statt.

Donaueschingen. Jeden 1. Samstag im Monat im Gast-  
haus „Zum schwarzen K“ (Park Wälder).

Duisburg. Jeden 4. Samstag im Monat im Restaurant  
Carlo, Friedr. Wilh.-Platz, Ecke Sonnenwall.

Düsseldorf. Nächste Versammlung am 18. Okt.  
Essen. Jeden 1. Dienstag im Monat, 8 1/2 Uhr im  
Restaurant Carl Moser, Alfreidplatz.

Freiburg. Samstag, den 18. Okt. im Verkehrslokale  
Brauerei Gantler, Schiffstr.

Freitag. Jeden letzten Samstag im Monat Versammlung  
im Christl. Gemeinshaus zum Jägerweid.

Hagen. Jeden Samstag nach Erscheinen der Zeitung  
bei Eichhoff, Adenestr. 17.

Hamburg. Nächste Versammlung am 11. Okt. in Hagel-  
steins Gesellschaftshaus, Schlahterstr. 43/44.

Hamm. Versammlung am 18. Oktober bei Fliegenst.  
Süßtrage.

Kempten. Jeden ersten Samstag im Monat abends 9  
Uhr im Restaurant „Central“.

Köln. Nächste Versammlung am 18. Okt.  
Köln. Am 11. Oktober sehr wichtige Versammlung im  
Theater mit Vortrag.

München. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im  
Schonhergassen, Schonhergstr. (5 Minuten vom  
Bahnhof).

M. Gladbach. Jeden 1. Samstag im Monat beim Wirt  
Paul Lambert Steppesstraße 1/2 Uhr.

M. Gladbach-Gelt. Jeden 2. Samstag im Monat Mit-  
gliederversammlung beim Wirt Peter Deebben.  
Um vollständiges Erscheinen wird dringend gebeten.

Münster. Samstag, den 11. Okt. bei Tillmann König-  
straße. Vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht.

Nürnberg. Jeden 8. Samstag im Monat Mitglieder-  
versammlung im Restaurant Aufsecker.

Paderborn. Jeden 2. Dienstag im Monat im Wirtshaus-  
Kegensberg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jahn-  
bühnenstraße.

Solingen-Bald. Jeden 1. Sonntag im Monat vormittags  
um 11 Uhr bei Vorghoff Köhlerstraße.

Stuttgart. Am 1. Montag jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr  
Versammlung im Lokal Herzog Christoph, Christoph-  
straße Nr. 11.

Wiesburg. Jeden Mittwoch nach Erscheinen der Zeitung  
bei Scholl, Sandgasse.

### Die gemeinnützige Volksversicherung

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften  
schließt Versicherungen bis zur Höhe von 1500 Mk. ab  
14tägige Beitragszahlung in Höhe von 20 Pfa. bis 5,00  
Mk. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Ver-  
sicherungssumme. Vier Tarife: a) Sterbegeldver-  
sicherung mit abgelaufener Kränzenzahlungsdauer,  
b) Versicherung auf Todes- und Lebensfall,  
c) Fälligkeit der Versicherungssumme beim Tode,  
spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungs-  
dauer, d) Versorgungsversicherung. Fällig-  
keit der Versicherungssumme nach Ablauf der verein-  
barten Versicherungsdauer. Die Beitragszahlung endet  
mit dem Tode des Versorgers, spätestens mit der Fällig-  
keit der Versicherungssumme. e) Kinderversicherung  
für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Fälligkeit  
der Versicherungssumme beim Tode des Kindes, spätes-  
tens nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer.  
Teilweise Auszahlung der Versicherungssumme vor Fällig-  
keit derselben bei Kommunion, Konfirmation, Schul-  
entlassung usw. Wichtige Bedingungen: Keine ärzt-  
liche Untersuchung. Zweimonatliche Zahlungsfrist.  
Größtes Entgegenkommen bei Behinderung der Beitrags-  
leistung. Unberücksichtigung. Wiederaufnahme der Bei-  
tragsleistung erst, ohne Nachzahlung. Einschluß  
der Kriegsgefahr nach 5 Jahren ganz, vorher zu be-  
stimmen, steigendem Prozentsatz. — Die gemeinnützige  
Volksversicherung D. V. V. G. steht unter händiger Kon-  
trolle eines Reichskommissars. Mindestens 80 Prozent  
des Gewinnes fließt den Versicherten wieder zu. Die  
Dividende der Aktionäre darf jahresgemäß 4 Prozent  
nicht übersteigen. — Auskunft erteilen bereitwillig  
die Vertrauensleute des Verbandes. Von denselben er-  
hält man auch die Prospekte und Aufklärungschriften.

### Zahlreiche Nachen.

Am Samstag den 11. Oktober findet abends 8 1/2  
Uhr im Lokale des Herrn Nilsden (Viktoriastraße) eine  
öffentliche Buchbinder-Versammlung  
statt. Ueber

„Geschichte und Bedeutung der Tarifverträge“  
wird Kollege Sedlmayr-Köln sprechen. Nach dem Vortrage  
freie Aussprache.

### Der Vorstand.

Unsere werten Kollegen  
Wilhelm Mandler  
und seiner werten Frau die herzlichsten Glückwünsche  
zur Vermählung.  
Zahlreiche Dankebriefe.  
Besondere: R. Sedlmayr, Köln, Weinmühl-  
Druck: Wm-Schneiders Handbuchdruckerei, Aachen.